



Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 19/2005–2006

Inhalt	Seite
27. Neuregelung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation	1817

Inhaltsverzeichnis

27. Neuregelung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation	
I. Ausgangslage und Anlass für die Totalrevision	1817
II. Vernehmlassungsverfahren	1818
1. Vorgehen und Rücklauf	1818
2. Hauptanliegen und deren Berücksichtigung	1819
III. Revisionsvorlage	1821
1. Grundzüge der neuen Regierungs- und Verwaltungs- organisationsgesetzgebung	1821
2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	1823
a) Regierungs- und Verwaltungsorganisations- gesetz (RVOG)	1823
b) Regierungs- und Verwaltungsorganisations- verordnung (RVOV)	1834
3. Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung	1839
IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen	1840
V. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»	1841
VI. In-Kraft-Treten	1841
VII. Anträge	1841

Erlasstexte

- Entwurf Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (E-RVOG)
- Entwurf Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (E-RVOV) inkl. Anhang (Beilage)
- Entwurf Verordnung über die Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung

Organigramm kantonale Verwaltung 1.1.2007

Geltendes Recht

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

27.

Neuregelung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation

Chur, 7. März 2006

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf für eine Neuregelung der
Regierungs- und Verwaltungsorganisation

I. Ausgangslage und Anlass für die Totalrevision

Die Organisation von Regierung und Zentralverwaltung ist heute, abgesehen von verschiedenen Bestimmungen in der neuen Kantonsverfassung (vgl. Abschnitt «3. Die Regierung», Art. 38–50 KV), im Wesentlichen in folgenden Erlassen geregelt:

- Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden (GOR, BR 170.320) vom 26. Februar 1972
- Regierungsbeschluss betr. Zuweisung von Sachgebieten an die Departemente (BR 170.325) vom 15. Dezember 1986
- Regierungsrätliche Verordnung betr. Übertragung von Befugnissen der Regierung auf die Departemente (BR 170.340) vom 22. Dezember 1969
- Regierungsrätliche Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern (BR 170.600) vom 31. Januar 1995

Ein erster Grund für die nun beabsichtigte Neuregelung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation bildet die neue Kantonsverfassung des Kan-

tons Graubünden vom 18. Mai/14. September 2003, die am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Eine Analyse der Standeskanzlei vom 10. Dezember 2003 ergab aufgrund der neuen Verfassung für den fraglichen Bereich einen inhaltlich mittleren und zeitlich weniger dringenden Handlungsbedarf. Der festgestellte Handlungsbedarf ist dabei weitgehend formeller Natur. Verschiedene Bestimmungen der Geschäftsordnung bedürfen aufgrund ihrer Wichtigkeit nach der neuen Kantonsverfassung der Gesetzesform (vgl. Art. 31 KV). Der materielle Anpassungsbedarf beschränkt sich praktisch auf den Fall der Umsetzung von Art. 49 Abs. 1 KV. Dort ist vorgesehen, dass neu die Regierung die Aufgabenbereiche der Departemente auf dem Verordnungswege regeln kann. Diese Kompetenz kam bisher dem Grossen Rat zu (vgl. Art. 25 GOR).

Weiterer Anlass für die Neuregelung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation gibt die von der Regierung am 15. März 2005 (Prot. Nr. 330) beschlossene Reorganisation der kantonalen Verwaltung. Vorgesehen ist eine teilweise Neuzuteilung der Aufgabenbereiche auf die Departemente und eine entsprechende neue departementale Unterstellung von verschiedenen Ämtern. Dieses Projekt soll auf 1. Januar 2007 umgesetzt werden. Die dafür notwendigen rechtlichen Anpassungen sind, soweit sie organisatorischer Natur sind, im Rahmen des vorliegenden Rechtssetzungsprojektes vorzunehmen.

Der Erlass eines Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes bildet im Übrigen auch Gegenstand des Gesetzgebungsprogramms gemäss Regierungsprogramm 2005–2008 (vgl. Botschaften Heft Nr. 1/2004–2005, S. 80).

II. Vernehmlassungsverfahren

1. Vorgehen und Rücklauf

Am 2. August 2005 gab die Standeskanzlei, nach vorangegangener Freigabe durch die Regierung, die Entwürfe für die Neuregelung der Regierungs- und Verwaltungsorganisation in die Vernehmlassung. Eingeladen wurden die politischen Parteien, die kantonalen Gerichte und die Departemente der kantonalen Verwaltung. In der Folge sind insgesamt neun Vernehmlassungen eingegangen. Neben drei politischen Parteien, nämlich der Christlichdemokratischen Volkspartei Graubünden (CVP), der Sozialdemokratischen Partei Graubünden (SP) und der Schweizerischen Volkspartei Graubünden (SVP), haben sich die fünf Departemente sowie die Gemeindepräsidenten-Konferenz Prättigau vernehmen lassen.

2. Hauptanliegen und deren Berücksichtigung

Die Entwürfe fanden in der Vernehmlassung insgesamt eine gute Aufnahme. Verschiedene Hinweise konnten bei der Überarbeitung berücksichtigt werden. Auf sie wird teilweise noch in den Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen näher eingegangen (vgl. hinten S. 1823 ff). Zu den wesentlicheren Anliegen und ihrer Berücksichtigung ist Folgendes festzuhalten:

Die Parteien begrüßen grundsätzlich die vorgeschlagene Regelung über die Regierungs- und Verwaltungsorganisation. Sie anerkennen auch, dass die Verfassung der Regierung die Kompetenz für die Regelung der Aufgabenbereiche der Departemente zuweist. Die CVP und die SP formulieren dennoch einige Vorschläge für eine aus ihrer Sicht optimalere Verwaltungsorganisation. Nach Ansicht der CVP geht die neue Verwaltungsorganisation insbesondere im Bereich der Effizienzsteigerung bei den Bewilligungsverfahren zu wenig weit. Es sollten noch vermehrt jene Dienststellen im selben Departement zusammengeführt werden, welche an solchen Verfahren beteiligt sind. Die SP ihrerseits äussert gewisse Bedenken bezüglich einer gewissen Machtkonzentration im Departement Volkswirtschaft und Soziales. Auch bereitet ihr die Zusammenführung des Bereiches «Soziales» mit dem Bereich «Wirtschaft» Sorge. Die Regierung hat im Zuge des bereits erwähnten Projekts «Reorganisation der kantonalen Verwaltung» die Zuweisung der Aufgabenbereiche an die Departemente eingehend geprüft und diskutiert. Das Ergebnis trägt nach Ansicht der Regierung den nun in Art. 18 Abs. 2 E-RVOG umschriebenen Zuweisungskriterien der effizienten Aufgabenerledigung und der ausgewogenen politischen Gewichtung ausreichend Rechnung. Sie sieht deshalb keinen Anlass, im Rahmen des vorliegenden Revisionsvorhabens nochmals darauf zurückzukommen. Auch an den erwähnten Zuweisungskriterien selber möchte die Regierung festhalten. Das von der CVP anstelle der politischen Gewichtung vorgeschlagene Kriterium der «Bürgerfreundlichkeit» geht bereits weitgehend im Kriterium der effizienten Aufgabenerledigung auf.

Die seitens der SP und teilweise auch von der SVP vorgebrachte Kritik an der ihrer Ansicht nach zu departementsgleichen Stellung der Standeskanzlei wurde im Rahmen der Vorgaben der Kantonsverfassung (vgl. Art. 49 KV) berücksichtigt, indem durch textliche Ergänzungen in den einschlägigen Bestimmungen (Art. 15 Abs. 1 und Art. 21 Marginalie E-RVOG sowie Art. 9 E-RVOG) die Funktion der Standeskanzlei als Stabsstelle betont wird. Näheres dazu siehe auch hinten unter den Bemerkungen zu Art. 15 E-RVOG (vgl. S. 1828).

Die Anregung der SVP, die Bestimmung über das Geschenkannahmeverbot etwas konkreter zu fassen, wurde mit der Formulierung «von untergeordnetem Wert», die auch in der Personalgesetzgebung verwendet wird, be-

rücksichtigt (vgl. Art. 6 E-RVOG). Nicht übernehmen möchte die Regierung hingegen den weiteren Vorschlag der SVP, die Anzahl der Regierungsglieder bei der Bildung von Regierungsausschüssen auf zwei zu beschränken. Die Möglichkeit, die Anzahl Mitglieder eines Ausschusses im Einzelfall den konkreten Bedürfnissen anpassen zu können, sollte nicht durch eine starre gesetzliche Regelung eingeschränkt werden (vgl. Art. 13 E-RVOG).

Von den *Departementen* kontrovers beurteilt wurde die in Art. 22 RVOG-Vernehmlassungsentwurf (VE) vorgesehene Regelung über die Möglichkeit der Delegation von Verwaltungsaufgaben an untergeordnete Verwaltungseinheiten. Während ein Departement die Verfassungsmässigkeit in Frage stellte, ging sie anderen zuwenig weit. Unter diesen Umständen wurde bei Prof. Dr. iur. Georg Müller, Ordinarius für Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Gesetzgebungslehre an der Universität Zürich, ein Gutachten eingeholt. Der Gutachter kam zum Schluss, dass die im Vernehmlassungsentwurf vorgeschlagene Regelung verfassungskonform ist. Hingegen beurteilte er den eingebrachten Vorschlag, auch den Departementen die Möglichkeit zur Delegation von Verwaltungsentscheiden einzuräumen, als zu weit gehend. Er kam aber zum Schluss, dass die in Art. 22 Abs. 2 RVOG-VE vorgesehenen Voraussetzungen für die Delegation von Verwaltungsentscheiden etwas gelockert werden könnten. Auf das zusätzliche Erfordernis, dass die Ermächtigung für die Delegation in der massgeblichen Zuständigkeitsvorschrift, d.h. in der Regel in einem anderen Gesetz vorgesehen sein muss, kann verzichtet werden. Dieser Anregung entsprechend wurde Art. 22 Abs. 2 RVOG-VE angepasst und dieses zusätzliche Erfordernis fallen gelassen. Die Delegation von Befugnissen zum Erlass von Verwaltungsentscheiden soll zugelassen werden, wenn sie in Form der Verordnung erfolgt. In Anlehnung an die vom Gutachter erwähnte Bestimmung im Regierungs- und Organisationsgesetz des Bundes (Art. 47 Abs. 5 RVOG, SR 172.010) werden jedoch die nach der Gesetzgebung über die Verwaltungsrechtspflege zwingend zu berücksichtigenden Zuständigkeiten vorbehalten. In diesem Bereich soll also eine Delegation durch die Regierung auf dem Verordnungswege ausgeschlossen bleiben. Näheres dazu siehe auch unter den Bemerkungen zu Art. 22 E-RVOG (vgl. S. 1831 f.).

III. Revisionsvorlage

1. Grundzüge der neuen Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzgebung

Die Organisation von Regierung und Verwaltung soll neu grundsätzlich in zwei Erlassen geregelt werden, einem *Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)* und einer *Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV)* mit dazugehörigem Anhang. Bündnerischer Rechtssetzungstradition in diesem Bereich folgend, beschränken sich die beiden Erlasse weitgehend darauf, das wirklich Notwendige zu regeln. Dies ist auch deshalb möglich, weil bereits die Kantonsverfassung (KV) eine Reihe von Bestimmungen über die Organisation von Regierung und Verwaltung enthält. Konkret sind zu erwähnen:

- Artikel 22 Absätze 2–4 KV Unvereinbarkeiten
- Artikel 25 KV Informationspflicht
- Artikel 38 KV Zusammensetzung der Regierung und Kollegialbehörde
- Artikel 40 KV Präsidium
- Artikel 41 KV Nebenbeschäftigung und Interessenvertretung
- Artikel 42 KV Regierungsaufgaben
- Artikel 43 KV Leitung der Verwaltung
- Artikel 48 KV Auserordentliche Lagen
- Artikel 49 KV Departemente und Standeskanzlei
- Artikel 50 KV Andere Träger öffentlicher Aufgaben

Auf eine Wiederholung dieser Bestimmungen im RVOG oder der RVOV wurde nach Möglichkeit verzichtet.

Nicht Gegenstand der neuen Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzgebung bilden auch die *Besoldung und der Versicherungsschutz der Regierungsmitglieder*. Diesbezügliche Regelungen befinden sich schon heute in speziellen grossrätlichen Verordnungen:

- Grossratsbeschluss über die Gehälter der Mitglieder der Regierung (BR 170.380)
- Grossrätliche Verordnung über die Sparversicherung und die Ruhegehälter für die Mitglieder der Regierung (BR 170.385)
- Grossrätliche Verordnung über die Ruhegehälter früherer Mitglieder der Regierung (BR 170.390)
- Regierungsrätliche Ausführungsbestimmungen zur grossrätlichen Verordnung über Ruhegehälter früherer Mitglieder der Regierung (BR 170.395)

Diese Erlasse sollen zusammengefasst und, soweit notwendig, in ein eigenes Gesetz überführt werden.

Der Gesetzesentwurf (E-RVOG) beschränkt sich darauf, die *Grundzüge der Organisation* von Regierung und Verwaltung festzulegen. Dies entspricht den Vorgaben der neuen Verfassung (vgl. Art. 43 Abs. 2 und 49 Abs. 1 KV), welche der Regierung bei der Organisation der Verwaltung – ihrer Leitungsfunktion entsprechend – mehr Kompetenzen einräumt. Insbesondere obliegt der Regierung von Verfassungs wegen die Regelung der Aufgabenbereiche der Departemente auf dem Verordnungswege (Art. 49 Abs. 1, 2. Satz KV). Die konkrete Umsetzung dieses Verfassungsauftrages ist in einem Anhang zur RVOV vorgesehen. Inhaltlich orientiert sich die Zuweisung der Aufgabenbereiche an den Dispositionen der Regierung im Zusammenhang mit dem Projekt «Reorganisation Kantonale Verwaltung Graubünden». Im Übrigen zeichnet sich der Verordnungsentwurf ebenfalls durch eine relativ geringe Regelungsdichte aus. Den Departementen und nachgeordneten Verwaltungseinheiten soll, wie bereits heute, genügend Freiraum gelassen werden, um ihre innere Organisation zu bestimmen. Entsprechend ist im Gesetzesentwurf vorgesehen, dass die Regierung lediglich die organisatorische Gliederung der Departemente in den Grundzügen festlegt (vgl. Art. 20 E-RVOG). Die Konkretisierung erfolgt ebenfalls im Anhang zur RVOV.

Inhaltlich halten sich die Änderungen gegenüber der heutigen Ordnung in Grenzen. Wesentlichere Neuerungen sind im RVOG:

- Regelung der Geschenkannahme (Artikel 6 E-RVOG)
- Modifizierung des Einberufungsrechts zu Regierungssitzungen (Artikel 7 E-RVOG)
- Verzicht auf die Möglichkeit von schriftlichen Abstimmungen bei Wahlen (Artikel 9 E-RVOG)
- Anpassung des Verfahrens bei Zirkulationsbeschlüssen an bisherige Praxis (Artikel 10 E-RVOG)
- Verzicht auf eine Regelung über die Ergänzung der Regierung für die Beschlussfassung in Fällen von Ausstand oder Verhinderung (bisher Artikel 13 Absatz 2 GOR)
- Regelung der administrativen Unterstellung von Verwaltungseinheiten und der administrativen Zuweisung von Trägern öffentlicher Aufgaben mit eigener Rechtspersönlichkeit an die Departemente (Artikel 16 E-RVOG)
- Erweiterung der Anlässe für eine Neuzuteilung der Departemente (Artikel 17 Absatz 3 E-RVOG)
- Ausdrückliche Regelung der Zuständigkeit der Regierung zur Festlegung der organisatorischen Gliederung der Departemente in den Grundzügen, d.h. auf oberster Ebene (Artikel 20 E-RVOG)
- Erweiterung der Möglichkeit zur Delegation von Verwaltungsaufgaben an unterstellte Verwaltungseinheiten (Artikel 22 E-RVOG)

und in der RVOV:

- Erweiterung und Präzisierung der Zustellfristen für Beschlussanträge (Artikel 3 E-RVOV)
- Regelung der Verschiebung eines traktandierte Geschäftes sowie Präzisierung und Modifizierung des Rückkommens auf ein verabschiedetes Geschäft (Artikel 6 E-RVOV)
- Verzicht auf die ausdrückliche Regelung der Teilnahmepflicht für Regierungssitzungen (bisher Artikel 13 Absatz 1, zweiter Satz GOR)
- Erweiterter sachlicher Geltungsbereich der Regelung über die Unterschriftsberechtigung in den Departementen und Ämtern (Artikel 12–14 E-RVOV)

Die Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung und der dazugehörige Anhang (Aufgabenbereiche und Gliederung der Departemente und der Standeskanzlei) bilden nicht Gegenstand der Revisionsvorlage und damit der Beratung im Grossen Rat. Verordnung und Anhang stehen aber aufgrund des zugrunde liegenden Regelungskonzepts in einem engen Zusammenhang mit dem RVOG. Für das bessere Verständnis der Vorlage sind sie deshalb ebenfalls in der Botschaft aufgeführt und kommentiert.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

a) Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)

I. Regierung (Art. 1–14 E-RVOG)

1. Stellung und Aufgaben (Art. 1–6 E-RVOG)

Art. 1 Stellung

Abs. 1: Diese Formulierung entspricht der heute auf Bundesebene verwendeten Terminologie für die Stellung der Regierung als leitende und vollziehende Behörde. Die Regierungsfunktion steht unter dem Vorbehalt der Befugnisse des Grossen Rates.

Abs. 2: Ergänzend zu Artikel 43 KV wird festgehalten, dass das Regierungsmitglied als Departementsvorsteherin bzw. als Departementsvorsteher der Regierung als Gesamtbehörde unterstellt ist. Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 2 der Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden (GOR).

Art. 2 Aufgaben

Diese Bestimmung verweist insbesondere auf den umfangreichen Aufga-

benkatalog in der Kantonsverfassung. Es wird deshalb darauf verzichtet, im vorliegenden Gesetz die Aufgabenbereiche eingehender zu regeln. Weitere Aufgaben können sich zudem aus der übrigen Gesetzgebung ergeben.

Art. 3 Unvereinbarkeit

Bisher waren Unvereinbarkeiten von Regierungsmitgliedern im Gesetz über die Unvereinbarkeit von Ämtern im Kanton Graubünden (Unvereinbarkeitsgesetz, BR 170.010) geregelt. Mit der Revision der Kantonsverfassung sind die wichtigsten Unvereinbarkeitsbestimmungen neu auf Verfassungsstufe festgehalten (Art. 22 KV). Weitere Unvereinbarkeiten werden künftig dezentral im Erlass zum jeweiligen Sachgebiet und nicht mehr zentral in einer eigenen Kodifikation geregelt. Die Unvereinbarkeitsbestimmungen bezüglich Gemeinde-, Kreis- und Bezirksämtern sowie Ämtern in Regionalverbänden werden deshalb neu ins RVOG integriert. Entsprechend kann Artikel 1a des Unvereinbarkeitsgesetzes aufgehoben werden (vgl. Art. 25 Ziff. 1 E-RVOG).

Für die Kanzleidirektorin oder den Kanzleidirektor gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen der kantonalen Personalgesetzgebung sowie der Kantonsverfassung für das kantonale Personal (Art. 22 Abs. 2 KV).

Art. 4 Ausschluss

Diese Bestimmung entspricht grundsätzlich dem bisherigen Artikel 10 Absatz 1 GOR. Ergänzend wird der Ausschlussgrund für Ehegatten aufgenommen. Obwohl das Eintreten dieser Konstellation eher unwahrscheinlich ist, sollte sie rechtlich ausgeschlossen sein. Aufgrund des neuen Partnerschaftsgesetzes (SR 02.090; In-Kraft-Treten voraussichtlich am 1.1.2007) wird zudem der Ausschluss auch für die Fälle der eingetragenen Partnerschaft und der faktischen Lebensgemeinschaft geregelt. Die Ausschlussgründe gelten auch für die Kanzleidirektorin oder den Kanzleidirektor.

Die Entscheidungsregeln für Ausschlussfälle bei gleichzeitiger Neuwahl, bei einer Gesamterneuerungswahl oder einer Ersatzwahl, welche bisher in Artikel 10 Absätze 2 und 3 GOR enthalten waren, werden neu im Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR) festgehalten (vgl. Art. 46 Abs. 3 GPR, BR 150.100). Diese Bestimmung gilt für alle politischen Wahlen und somit auch für die Wahl in die Regierung. Eine materielle Neuerung bringt die Regelung des GPR insofern, als in Fällen, wo mehrere Personen gleichzeitig neu unter einem Ausschlussgrund in die Regierung gewählt werden, nicht mehr durch Losentscheid ermittelt wird, wer zum Verzicht verpflichtet ist. Neu ist die Wahl für diejenige Person gültig, die mehr Stimmen auf sich vereinigt.

Art. 5 Amtsgeheimnis

Diese Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 6 GOR. Für die Kanzleidirektorin oder den Kanzleidirektor gilt das Amtsgeheimnis bereits aufgrund der kantonalen Personalgesetzgebung.

Art. 6 Geschenkkannahmeverbot

Artikel 6 RVOG regelt die Geschenkkannahme, soweit sie in Zusammenhang mit der Amtstätigkeit der Regierungsmitglieder steht. Für die Kanzleidirektorin oder den Kanzleidirektor gilt die Regelung bezüglich Geschenkkannahme bereits aufgrund der kantonalen Personalgesetzgebung. Private Geschenke sind von dieser Regelung nicht betroffen.

Für die Annahme eines im Zusammenhang mit einer amtlichen Tätigkeit stehenden Geschenks müssen kumulativ sowohl die Voraussetzungen der Üblichkeit als auch der Einhaltung der Wertgrenze erfüllt sein. Geschenke gelten dann als üblich, wenn sie Ausdruck einer allgemeinen Wertschätzung des Kantons oder ihrer Vertreterin beziehungsweise ihres Vertreters sind und wenn sie nicht im Zusammenhang mit einer konkreten Amtshandlung ausgerichtet werden. Die Wertgrenze, welche das Geschenk nicht überschreiten darf, ist in Anlehnung an die Praxis zum Geschenkkannahmeverbot für die kantonalen Mitarbeitenden bei 100 Franken festgelegt.

2. Organisation und Verfahren (Art. 7–14 E-RVOG)

Art. 7 Einberufung

Abs. 1: Dieser Absatz übernimmt weitgehend die bisherige Regelung in Artikel 12 GOR.

Abs. 2: Nach geltendem Recht kann eine Sitzung auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten oder auf Antrag von zwei Regierungsmitgliedern einberufen werden (Art. 12 GOR). Neu soll die Einberufung erleichtert werden und jedem Mitglied der Regierung offen stehen.

Abs. 3: Die Verhandlungen der Regierung sind nicht öffentlich. Den Mitgliedern der Regierung soll so ermöglicht werden, sich im Rahmen der Entscheidungsfindung frei zu äussern. Die geheime Beratung dient dem Kollegialitätsprinzip, welches für die Regierung in der Kantonsverfassung verankert ist (vgl. Art. 38 Abs. 2 KV). Gemäss Artikel 25 der Kantonsverfassung besteht jedoch für Behörden und Gerichte die Pflicht, über ihre Tätigkeit die Öffentlichkeit regelmässig zu informieren. Entsprechend informiert die Regierung unter anderem mittels Medienmitteilungen über die wichtigsten Ergebnisse der Regierungssitzungen.

Art. 8 Teilnahme

Abs. 1: Dieser Absatz umschreibt den Kreis der regelmässig zur Teilnahme an der Regierungssitzung berechtigten und verpflichteten Personen. Die Regierungssitzung hat grundsätzlich Vorrang vor allen anderen Verpflichtungen. Die Funktionen der Regierungspräsidentin oder des Regierungspräsidenten sind in Artikel 12 RVOG geregelt.

Abs. 2: Die beratende Teilnahme und Protokollführung der Kanzleidirektorin beziehungsweise des Kanzleidirektors an der Regierungssitzung entspricht der bisherigen Regelung in Artikel 20 GOR. Das Antragsrecht der Kanzleidirektorin oder des Kanzleidirektors für Geschäfte der Standeskanzlei entspricht bestehender Praxis und ist nun neu ausdrücklich auf Gesetzesstufe festgehalten. Ist die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor an der Sitzungsteilnahme verhindert, nimmt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter mit gleichen Rechten und Pflichten teil.

Abs. 3: Auch diese Regelung entspricht bestehender Praxis und wird neu auf Gesetzesstufe erhoben.

Art. 9 Beschlussfassung 1. Allgemein

Abs. 1: Diese Regelung entspricht dem bisherigen Artikel 13 Absatz 1 erster Satz GOR. Auf die Regelung in Artikel 13 Absatz 2 GOR, welche die Ergänzung der Behörde bei Verhinderung von mehr als zwei Regierungsmitgliedern beinhaltet, wird wegen der geringen praktischen Relevanz verzichtet.

Abs. 2: Im Gegensatz zum bisherigen Artikel 17 GOR sind auch Wahlen offen durchzuführen. Die Regierung ist ein kleines Beschlussgremium, in welchem eine für die Mitglieder transparente Entscheidungsfindung stattfinden soll. Die Möglichkeit, eine geheime Stimmabgabe zu verlangen (Art. 15 Abs. 1 GOR), besteht deshalb neu nicht mehr. Für das stimmberechtigte Regierungsmitglied gilt wie bisher Stimmzwang.

Abs. 3: Die Bestimmung entspricht dem bisherigen Artikel 15 Absatz 1 GOR mit der sprachlichen Umformulierung, dass nicht mehr das einfache Mehr, sondern die Mehrheit der Stimmenden massgebend ist.

Abs. 4: Die bisherige Regelung von Artikel 15 Absatz 1, 2. Satz GOR, wonach der Stichentscheid bei Stimmengleichheit der Präsidentin oder dem Präsidenten zusteht, hat sich in der Praxis bewährt und wird beibehalten.

Art. 10 2. Zirkulationsweg

Abs. 1: Die Möglichkeit, bei zeitlicher Dringlichkeit Zirkulationsbeschlüsse fassen zu können, ist bereits im geltenden Recht vorgesehen (Art. 16 GOR).

Abs. 2: Gemäss bisheriger Regelung bedurfte es für die Gültigkeit eines Zirkulationsbeschlusses der Zustimmung aller ortsanwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

rechtigten Mitglieder. Auf das Erfordernis der Ortsanwesenheit der Regierungsmitglieder wird neu verzichtet. Zudem reicht es für einen gültigen Zirkulationsbeschluss aus, wenn diesem mindestens drei Regierungsmitglieder schriftlich oder auf einem anderen Kommunikationswege zustimmen. Dies entspricht der heutigen Praxis.

Art. 11 Ausstand

Diese Bestimmung entspricht inhaltlich grundsätzlich dem bisherigen Artikel 14 GOR. Der Begriff des privaten Interesses wurde durch jenen des persönlichen Interesses ersetzt, der allgemein üblich ist (vgl. z.B. Art. 23 Abs. 1 kantonales Gemeindegesetz, BR 175.050; Art. 43 Grossratsgesetz, BR 170.140). Eine inhaltliche Änderung ist damit aber nicht verbunden. Ein unmittelbares persönliches Interesse kann vor allem dann gegeben sein, wenn aus dem Beschluss ein direkter privater, materieller Vor- oder Nachteil resultiert (vgl. BGE 116 Ia 242/247). Nimmt ein Behördenmitglied dagegen öffentliche Interessen wahr, so besteht grundsätzlich keine Ausstandspflicht (vgl. BGE 107 Ia 137). Ein unmittelbares persönliches Interesse ist auch beim Erlass von generell-abstrakten Normen (Regierungsverordnungen) auszuschliessen. Aufgrund des neuen Partnerschaftsgesetzes vom 18. Juni 2004 (In-Kraft-Treten voraussichtlich am 1.1.2007) ist der Ausstand neu auch für die Fälle der eingetragenen Partnerschaft und der faktischen Lebensgemeinschaft geregelt.

Im Bereich der Rechtspflege wird für die Regierungsmitglieder neu auf die Ausstandsregelungen verwiesen, welche auch für die richterlichen Behörden gelten (vgl. Art. 18 Gerichtsverfassungsgesetz, BR 310.000).

Art. 12 Regierungspräsidentin oder Regierungspräsident

Die Aufgaben des Präsidiums entsprechen der bisherigen Regelung in Artikel 11 GOR. Allerdings werden diese nicht unter der Marginalie Vorsitz, sondern neu unter der Marginalie Regierungspräsidentin oder Regierungspräsident aufgeführt. Das vorsitzende Mitglied verfügt über alleinige Entscheidungskompetenz in dringenden Fällen, leitet die Sitzungen und sorgt für einen geordneten Entscheidungsablauf. Im Übrigen hat es keine weitergehenden Kompetenzen als die anderen Regierungsmitglieder. Wie bereits im geltenden Recht hat die Regierungspräsidentin oder der Regierungspräsident Präsidialentscheide dem Gremium zur Kenntnis zu bringen und nicht zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 13 Ausschüsse

Ausschüsse der Regierung wurden bereits bisher gebildet, so zum Beispiel der Ausschuss für die Vorbereitung und Begleitung des World Economic Forums in Davos. Sie übernehmen vor allem die Steuerung und Koor-

dination bei grossen Projekten mit politischer Bedeutung, deren Umsetzung weite Teile oder die gesamte Verwaltung betrifft. Selbstverständlich stehen aber auch solche Projekte unter der Führung der Regierung. Damit Ausschüsse Entscheide der Regierung nicht präjudizieren können, sollten sie in der Regel nicht mehr als zwei Mitglieder umfassen.

Art. 14 Besoldung und Versicherungsschutz

Die Besoldung und Versicherung der Regierungsmitglieder werden heute in speziellen Erlassen (Besoldung: GRB über die Gehälter der Mitglieder der Regierung, BR 170.380; Versicherungsschutz: GrV über die Ruhegehälter der früheren Mitglieder der Regierung, BR 170.390, und RAB zur GrV über die Ruhegehälter früherer Mitglieder der Regierung, BR 170.395, sowie GrV über die Sparversicherung und Ruhegehälter für die Mitglieder der Regierung, BR 170.385) geregelt. Diese Regelung in Spezialerlassen soll auch weiterhin beibehalten werden, jedoch neu auf Gesetzesstufe erfolgen. Die entsprechende Vorlage ist für Herbst 2006 vorgesehen.

II. Kantonale Verwaltung (Art. 15–23 E-RVOG)

Art. 15 Allgemeine Gliederung

Abs. 1: Die Anzahl von fünf Departementen entspricht der von der Verfassung vorgegebenen Anzahl von Regierungsmitgliedern (Art. 38 Abs. 1 KV). Jede Regierungsrätin und jeder Regierungsrat steht somit an der Spitze eines Departements (vgl. auch Art. 17 Abs. 1 E-RVOG). Die bisherige Übereinstimmung der Anzahl Departemente mit der Anzahl Regierungsmitglieder hat sich bewährt und soll beibehalten werden.

Neben den Departementen bezeichnet Absatz 1 auch die Standeskanzlei als Gliederungseinheit der Verwaltung. Bereits in der Kantonsverfassung wird sie als allgemeine Stabs-, Koordinations- und Verbindungsstelle von Grosse Rat, Regierung und Verwaltung ausdrücklich neben den Departementen aufgeführt (Art. 49 KV). Ihre Funktion als Stabsstelle wird hier noch einmal verdeutlicht.

Abs. 2: Hier wird festgehalten, dass die Departemente und die Standeskanzlei in Verwaltungseinheiten gegliedert sind. Die Festlegung dieser organisatorischen Gliederung in den Grundzügen ist dabei Sache der Regierung (vgl. Art. 20 und 21 Abs. 4 E-RVOG). Auch die nähere Bezeichnung der Verwaltungseinheiten (Ämter, Inspektorate, Fachstellen etc.) ist Sache der Regierung beziehungsweise auf unterer Ebene der Departemente.

Weiter kommt hier die organisatorische Einordnung der Verwaltungseinheiten (Unterstellung oder administrative Zuweisung) zum Ausdruck. Näheres dazu siehe bei Artikel 16 E-RVOG.

Abs. 3: In diesem Absatz wird festgehalten, dass Verwaltungsaufgaben zusätzlich durch ausserhalb der Verwaltung stehende Stellen (juristische oder natürliche Personen) wahrgenommen werden (vgl. auch Art. 50 Abs. 1 KV).

Art. 16 Administrative Unterstellung und Zuweisung

Abs. 1: Bei Verwaltungseinheiten der zentralen Verwaltung ist die administrative Unterstellung die Ausnahme. Sie wird in Einzelfällen durch Spezialvorschrift verlangt, so etwa für die Finanzkontrolle (vgl. Art. 42 Finanzhaushaltsgesetz, BR 710.100) oder die Staatsanwaltschaft (vgl. Art. 1 Abs. 2 Verordnung über die Organisation und Geschäftsführung der Staatsanwaltschaft, BR 350.050). Die administrative Unterstellung bedeutet – unter Vorbehalt von besonderen Vorschriften – dass die betreffenden Verwaltungseinheiten insbesondere bezüglich Finanzhaushalt und personalrechtlichen Belangen der übergeordneten Verwaltungseinheit unterstehen, in fachlicher Hinsicht aber gegenüber dieser weisungsungebunden sind. Die fachliche Unterstellung richtet sich nach der entsprechenden Spezialvorschrift. So ist etwa das Ratssekretariat administrativ eine Abteilung der Standeskanzlei, fachlich aber den Organen des Grossen Rates (Ratsleitung und Präsidentenkonferenz) unterstellt (Art. 32 Abs. 2 GGO vom 8. Dezember 2005), während die Finanzkontrolle fachlich selbstständig und unabhängig ist (Art. 42 Abs. 2 FHG).

Abs. 2: Bei den Aufgabenträgern mit eigener Rechtspersönlichkeit ist die administrative Zuweisung zu einem Departement oder zur Standeskanzlei grundsätzlich die Regel. Sie wird allerdings hinfällig, wenn der Aufgabenträger völlig unabhängig von Regierung und Verwaltung handelt, wie das konkret bei der Graubündner Kantonalbank der Fall ist. Die Zuweisung erfolgt im Rahmen der Festlegung der Aufgabenbereiche und der organisatorischen Gliederung der Departemente und der Standeskanzlei durch die Regierung in der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung beziehungsweise im dazugehörigen Anhang (Art. 18, 20 und 21 E-RVOG sowie Art. 10 und 11 E-RVOV). Die Wirkung der administrativen Zuweisung ist abhängig vom Mass der Autonomie, welche dem Aufgabenträger mit eigener Rechtspersönlichkeit zukommt. Diese wiederum bestimmt sich nach den jeweiligen Vorschriften im zugrunde liegenden Erlass.

Art. 17 Departemente 1. Zuteilung, Stellvertretung

Diese Bestimmung übernimmt weitgehend die bisherigen Regelungen in Artikel 2 und 24 GOR.

Abs. 1: Hier wird klar statuiert, dass jedes Regierungsmitglied einem Departement vorsteht (Departementalsystem, vgl. auch Art. 49 KV).

Abs. 2: Wie bisher hat die Regierung für jedes Departement eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu bezeichnen.

Abs. 3: Die Anlässe für eine Neuzuteilung der Departemente werden gegenüber der heutigen Regelung moderat erweitert. Eine neue Zuteilung erfolgt wie bis anhin zu Beginn jeder Amtsperiode und nach Ersatzwahlen. Zusätzlich soll eine Neuzuteilung auch möglich sein, wenn es «besondere Umstände» rechtfertigen. Ein Anwendungsfall könnte beispielsweise eine wichtige Änderung in der Aufteilung der Aufgabenbereiche der Departemente während einer laufenden Legislaturperiode sein. Mit der weiteren Formulierung soll der Autonomie der Regierung auf dem Gebiet der Organisation und Führung der Verwaltung (vgl. Art. 43 KV) Rechnung getragen werden.

Art. 18 2. Benennung, Aufgabenbereiche

Bisher legte der Grosse Rat die Aufgabenbereiche der Departemente fest (vgl. Art. 25 GOR). Die Regierung ihrerseits konnte im Rahmen dieser Aufgabenbereiche noch die Zuweisung von einzelnen Sachgebieten vornehmen (vgl. Beschluss betr. Zuweisung von Sachgebieten an die Departemente vom 15. Dezember 1986, BR 170.325). Die neue Kantonsverfassung gesteht der Regierung diesbezüglich eine grössere Autonomie zu. Artikel 49 Absatz 1 zweiter Satz sieht vor, dass die Regierung die Aufgabenbereiche der Departemente durch Verordnung regelt. Bei der Bildung und Zuteilung von Aufgabenbereichen soll die Regierung aber bestimmte vom Gesetzgeber vorgegebene Kriterien beachten. Ein erstes Kriterium bildet die Effizienz der Aufgabenerledigung: Die Aufgabenbereiche sollen fachlich möglichst homogen sein, damit eine zielgerichtete und rationelle Departementsleitung und Aufgabenerfüllung möglich ist. Weiter muss unter den Departementen auch eine Gleichgewichtigkeit in politischer Hinsicht (gerechte Verteilung der Befugnisse, die ein gewisses politisches Gewicht aufweisen) bestehen.

Auch die Benennung der Departemente wird der Regierung überlassen. Dies ist eine zwingende Folge ihrer Kompetenz zur Festlegung der departementalen Aufgabenbereiche. Würde nämlich die Benennung der Departemente durch den Gesetzgeber erfolgen, käme es unweigerlich zu einer Präjudizierung der Zuteilung der Aufgabenbereiche.

Art. 19 3. Zuständigkeiten

In Anlehnung an den bisherigen Artikel 27 Absatz 1 GOR regelt diese Bestimmung in den Grundsätzen die funktionelle Zuständigkeit der Departemente (Vorbereitung Regierungsgeschäfte, selbstständige Aufgabenerledigung der zugewiesenen Verwaltungsaufgaben sowie Führung und Beaufsichtigung der unterstellten Verwaltungseinheiten).

Art. 20 4. Organisation

Gemäss Artikel 43 Absatz 2 KV bestimmt die Regierung im Rahmen des kantonalen Rechts die Organisation der Verwaltung. Daran anknüpfend ist vorgesehen, dass die Regierung die organisatorische Gliederung der Departemente in den Grundzügen festlegt. Die Regierung soll sich also darauf beschränken, die Gliederung der Departemente auf der obersten Stufe festzulegen. Die nachfolgende organisatorische Gliederung soll hingegen von den Departementen bestimmt werden. Die konkrete Umsetzung erfolgt in der RVOV beziehungsweise im dazugehörigen Anhang (vgl. Art. 11 E-RVOV und Anhang).

Im Anhang zur RVOV werden folgerichtig auch die Departementssekretariate verankert, die bisher in Artikel 28 Absatz 2 GOR geregelt waren.

Art. 21 Standeskanzlei als Stabsstelle

Abs. 1: Die Funktion der Standeskanzlei als allgemeine Stabs-, Koordinations- und Verbindungsstelle von Regierung und Verwaltung ist durch Artikel 49 Absatz 2 KV vorgegeben. Funktion und Aufgaben der Standeskanzlei im Zusammenhang mit dem Grossen Rat sind in der Parlamentsgesetzgebung geregelt (vgl. Art. 22 Grossratsgesetz und Art. 33 Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 8. Dezember 2005).

Abs. 2: Der Standeskanzlei können auch Verwaltungseinheiten unterstellt werden.

Abs. 3: Hier werden Leitung und Unterstellung festgelegt. Die Regelung entspricht inhaltlich dem bisherigen Artikel 22 GOR.

Abs. 4: Die Regierung soll die organisatorische Gliederung der Standeskanzlei in den Grundzügen festlegen. Das Nähere soll von der Kanzleidirektorin oder vom Kanzleidirektor festgelegt werden können. Insoweit besteht Übereinstimmung mit der für die Departemente vorgesehenen Regelung (vgl. Art. 20 E-RVOG).

Art. 22 Delegation von Verwaltungsaufgaben

Abs. 1: Hier geht es um die Ermächtigung zur Weitergabe von Aufgaben, die der Regierung und den Departementen durch Gesetz oder Verordnung zugewiesen sind. Von der Verwaltung wird eine wirksame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung erwartet. Damit sie diesen Anforderungen nachkommen kann, muss der Verwaltung aber auch Eigenverantwortung und Flexibilität eingeräumt werden. Es soll deshalb der Regierung und den Departementen gestattet sein, Aufgabenzuweisungen des Gesetz- und Verordnungsgebers durch Delegation zu modifizieren. Dies kann im Einzelfall oder auch generell geschehen. Die Möglichkeit der Delegation von Verwaltungsaufgaben durch die Regierung kennt – allerdings in beschränkterem Umfang – bereits die heutige Geschäftsordnung (vgl. Art. 27 Abs. 2 GOR).

Abs. 2: Hier erfolgt gegenüber Absatz 1 für die Delegation von Befugnissen zum Erlass von Verwaltungsentscheiden eine Einschränkung. Eine solche Delegation muss generell, d.h. durch Rechtssatz, konkret in Form einer Verordnung erfolgen. Eine solche unterschiedliche Behandlung von Rechtsakten (Verfügungen und Entscheiden von Verwaltungsbehörden) und Reakten (tatsächliche Verwaltungshandlungen der Verwaltungsbehörden) ist sachlich gerechtfertigt. Verwaltungsentscheide können sich unmittelbar auf die Rechtsstellung von Privaten auswirken. Es entspricht einer rechtsstaatlichen Anforderung, dass die Betroffenen aus einem Rechtssatz ersehen können, welche Verwaltungsstelle diesen Entscheid zu treffen hat. Damit ist gleichzeitig auch klar, dass die Befugnis zur Delegation von Verwaltungsentscheiden nur der Regierung zukommt, weil den Departementen (anders als im Bund) von Verfassungs wegen keine Rechtssetzungskompetenz zusteht. Siehe im Übrigen auch die Ausführungen unter II.2. vorne (vgl. S. 1820).

Art. 23 Zusammenarbeit

Abs. 1: Die Departemente und die übrigen Verwaltungseinheiten werden ausdrücklich zur Zusammenarbeit verpflichtet. Die Zusammenarbeit innerhalb der kantonalen Verwaltung ist wesentlicher Garant für eine effiziente und wirkungsvolle Verwaltungstätigkeit. Das Instrumentarium (Stellungnahmen, Mitberichte, Besprechungen etc.) wird nicht speziell aufgeführt.

Abs. 2: Die Regierung wird ausdrücklich ermächtigt, für wichtige Geschäfte besondere Arbeitsgruppen, Kommissionen, Konferenzen oder Projektorganisationen einzusetzen, denen auch aussenstehende Sachverständige angehören können. Eine vergleichbare Regelung enthält bereits die bestehende Geschäftsordnung (vgl. Art. 29 Abs. 1 GOR).

Abs. 3: Bei Geschäften, die den Sachbereich mehrerer Departemente tangieren, sorgen die Betroffenen selbst für die notwendige Koordination. Kann keine einvernehmliche Lösung getroffen werden, entscheidet die Regierung. Eine vergleichbare Regelung enthält auch die bisherige Geschäftsordnung (vgl. Art. 26 Abs. 2 GOR).

III. Schlussbestimmungen (Art. 24–26 E-RVOG)

Art. 24 Vollzug

Im Rahmen der durch das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz gemachten Vorgaben bleibt es der Regierung vorbehalten, die nähere Organisation ihrer Tätigkeit und der Verwaltung zu bestimmen. In Litera a–d werden jene Bereiche aufgeführt, welche die Regierung auf dem Verordnungswege zu regeln hat.

Durch Rechtssatz festzulegen sind zum einen gewisse Eckpunkte der regierungsrätlichen Entscheidungsabläufe (Lit. a) und zum anderen wesentliche Aspekte der näheren Verwaltungsorganisation (Lit. b–d). Gegenüber heute neu ist insbesondere die Kompetenz der Regierung zur Benennung der Departemente und zur Zuordnung der Aufgabenbereiche (Lit. b, vgl. dazu weiter die Ausführungen zu Art. 18 E-RVOG). Die Regierung wird weiter beauftragt, die organisatorische Gliederung der Departemente und der Standeskanzlei in den Grundzügen zu regeln (Lit. c). Diesbezüglich kann auf die Ausführungen zu Artikel 20 und 21 Abs. 4 E-RVOG verwiesen werden. Zwingend zu regeln hat schliesslich die Regierung auch die Unterschriftsberechtigung für die Regierung, Departemente und nachgeordneten Verwaltungseinheiten (Lit. d). Teilaspekte sind heute in der Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen (BR 170.600) geregelt. Diese sollen, soweit notwendig, in die RVOV übernommen werden.

Art. 25 Änderung bisherigen Rechts

Ziff.1: Artikel 1a des Gesetzes über die Unvereinbarkeit von Ämtern im Kanton Graubünden (Unvereinbarkeitsgesetz, BR 170.010) kann aufgehoben werden. Nachdem die Unvereinbarkeit des Amtes als Regierungsmitglied mit Gemeinde-, Kreis- und Bezirksamtern neu in Artikel 3 RVOG geregelt werden soll und Artikel 22 Absatz 2 der Kantonsverfassung bestimmt, dass Mitglieder der Regierung nicht dem Grossen Rat angehören dürfen, ist diese Bestimmung obsolet.

Ziff.2: Die Anpassung im Sozialhilfegesetz (BR 546.100) wird aufgrund der im Zuge der Neuorganisation der Verwaltung vorgesehenen neuen departementalen Zuordnung des Sozialamtes zum Departement für Volkswirtschaft und Soziales (vorher JPSPD) notwendig.

Art. 26 Referendum und In-Kraft-Treten

Es ist beabsichtigt, die Erlasse zur Regierungs- und Verwaltungsorganisation auf 1. Januar 2007 in Kraft zu setzen.

b) Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) inkl. Anhang

Wie vorne bereits festgehalten, kommt diesem Teil der Botschaft lediglich Orientierungscharakter zu.

I. Regierung (Art. 1–8 E-RVOV)

Art. 1 Sitzungsort und Sitzungstag

Der bisherige Artikel 12 GOR wurde insofern präzisiert, dass die Regierungssitzungen in der Regel am Dienstag stattfinden. Während der Session des Grossen Rates werden die Sitzungen ausnahmsweise am Montag abgehalten.

Art. 2 Eintritt während der Amtsdauer

Diese Bestimmung entspricht bezüglich des Eintritts dem bisherigen Recht (Art. 5 GOR). Verzichtet wird auf die ausdrückliche Regelung des Austritts.

Art. 3 Zustellung der Anträge

Abs. 1: Die Bestimmung von Artikel 19 Absatz 1 GOR wird insoweit konkretisiert, als auch die Form der einzureichenden Akten geregelt ist. Zudem ist der Endtermin für die Akteneinreichung der Departemente bei der Standeskanzlei ausdrücklich festgelegt.

Abs. 2: Gemäss geltender Praxis werden Regierungsgeschäfte von grösserem Umfang bereits heute eine Woche vor der Regierungssitzung den Regierungsmitgliedern wie auch der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor zugestellt. Die bisherige Regelung, wonach solche Geschäfte spätestens drei Tage vor dem Sitzungstag zuzustellen sind, wird dieser Praxis angepasst. Anträge und Berichte von grösserem Umfang oder grösserer Tragweite sind den Regierungsmitgliedern und der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor somit spätestens eine Woche vor der Sitzung zuzustellen.

Art. 4 Traktandenliste

Der bisherige Artikel 18 GOR wurde um die Regelung ergänzt, dass die Traktandenliste nach Erstellung von der Standeskanzlei umgehend den Regierungsmitgliedern sowie der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor zur Verfügung zu stellen ist. Dies entspricht bereits heutiger Praxis.

Art. 5 Aktenauflage

Die Bestimmung nimmt Artikel 19 Absatz 1 GOR zweiter Satz auf. Es wird jedoch davon abgesehen, ausdrücklich eine Auflagefrist zu bestimmen.

men. Dafür wird die bereits heute praktizierte elektronische Bereitstellung (Geschäftsverwaltung Konsul) von Anträgen und Schlüsseldokumenten erwähnt. Zu Letzteren zählen wichtige Dokumente, welche für die Entscheidung von besonderer Bedeutung sind (z.B. Verträge und Vereinbarungen, erläuternde Berichte).

Art. 6 Verschiebung eines Geschäftes, Rückkommen

Abs. 1: Die Verschiebung eines Regierungsgeschäftes kann sich aufgrund besonderer Umstände aufdrängen. Die Voraussetzungen, unter welchen die Beratung eines Geschäftes verschoben werden können, sind deshalb neu auf Verordnungsstufe abschliessend festgehalten.

Abs. 2: Die Möglichkeit, auf einen bereits gefällten Regierungsbeschluss zurückzukommen, besteht bereits unter geltendem Recht (Art. 15 Abs. 2 GOR). Voraussetzung für das Rückkommen ist, dass der Regierungsbeschluss noch nicht zugestellt wurde. Später sind Änderungen grundsätzlich nur noch unter den erschwerten Voraussetzungen der Wiedererwägung möglich.

Art. 7 Protokoll

Abs. 1: Diese Regelung entspricht dem bisherigen Artikel 20 Absatz 1 zweiter Satz GOR.

Abs. 2: Gemäss Artikel 9 Absatz 2 RVOG werden neu auch Wahlen offen und nicht mehr geheim durchgeführt. Das Stimmverhältnis darf somit für Abstimmungen (vgl. bisher Art. 20 Abs. 1 letzter Satz GOR) und neu auch für Wahlen nicht im Protokoll festgehalten werden.

Abs. 3: Dieser Absatz übernimmt die bisherige Regelung gemäss Artikel 20 Absatz 2 GOR.

Art. 8 Ausfertigung und Unterzeichnung

Abs. 1 und 2: Entspricht weitgehend dem bisherigen Artikel 20 Absatz 3 GOR.

Abs. 3: In diesem Absatz werden neu die Unterzeichnungsmodalitäten für die elektronische und mechanische Wiedergabe der Beschlussausfertigung geregelt.

II. Kantonale Verwaltung (Art. 9–16 E-RVOV)

Art. 9 Gliederung und Benennung

Wie in Artikel 18 E-RVOG vorgesehen, benennt die Regierung auf Verordnungsstufe die Departemente. Weitere Gliederungseinheit ist die Standskanzlei als Stabsstelle der Regierung (vgl. auch Art. 49 KV).

Art. 10 Aufgabenbereiche Departemente und Standeskanzlei

Wie von Artikel 49 Absatz 1 zweiter Satz Kantonsverfassung und Artikel 18 E-RVOG verlangt, werden die Aufgabenbereiche der einzelnen Departemente und der Standeskanzlei durch die Regierung auf Verordnungsstufe festgelegt. Konkret geschieht das im Anhang zum RVOV.

Der konkreten Zuweisung der Aufgabenbereiche im Anhang liegt die bisherige Verteilung der Aufgabenbereiche gemäss Artikel 25 GOR zugrunde. Sie berücksichtigt weiter die von der Regierung im Rahmen des Projektes «Reorganisation Kantonale Verwaltung Graubünden» bezüglich der Verteilung der Aufgabenbereiche auf die Departemente beschlossenen Modifikationen (vgl. RB Prot. Nr. 330, vom 15. März 2005). Konkret geht der Bereich «Gemeinden» vom Departement für Volkswirtschaft und Soziales (bisher Departement des Innern und der Volkswirtschaft) zum Departement für Finanzen und Gemeinden (bisher Finanz- und Militärdepartement). Der Bereich «Sozialhilfe» wechselt vom Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (bisher Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement) zum Departement für Volkswirtschaft und Soziales. Das Departement für Finanzen und Gemeinden gibt zwei Bereiche ab. Der Bereich «Militär» (inklusive Zivilschutz) geht an das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit und der Bereich «Sozialversicherung» geht an das Departement für Volkswirtschaft und Soziales. Vom Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement schliesslich, werden die Bereiche «Schätzungen» an das Departement für Finanzen und Gemeinden und «Gebäudeversicherung und Feuerpolizei» an das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit abgetreten.

Die vorgesehene Zuweisung der Aufgabenbereiche an die Departemente beachtet die vom Gesetzgeber (vgl. Art. 18 E-RVOG) vorgegebenen Kriterien der effizienten Aufgabenerledigung und des ausgewogenen politischen Gewichts.

Art. 11 Organisatorische Gliederung Departemente und Standeskanzlei

Ebenfalls im Anhang zur RVOV wird in Umsetzung von Artikel 20 und 21 Abs. 4 E-RVOG die organisatorische Gliederung der Departemente in Ämter und gleichgestellte Organisationseinheiten sowie der Standeskanzlei festgelegt. Die von der Regierung am 15. März 2005 (Prot. Nr. 330) beschlossene Umteilung von Ämtern und Anstalten ist berücksichtigt. So übernimmt das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit das Amt für Militär und Zivilschutz vom Departement für Finanzen und Gemeinden sowie die Betreuung der Gebäudeversicherungsanstalt vom Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement. Zudem wird aus den Anstalten Sennhof und Realta ein neues Amt für Strafvollzug gebildet, welches auch die Schutzaufsicht vom Sozialamt übernimmt. Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales übernimmt vom Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit das So-

zialamt (ohne Schutzaufsicht und Asylorganisation) sowie die Betreuung der Sozialversicherungsanstalt vom Departement für Finanzen und Gemeinden. Das Departement für Finanzen und Gemeinden übernimmt vom Departement für Volkswirtschaft und Soziales das Gemeindeinspektorat sowie die Gemeindeaufsicht, und vom Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement das Amt für Schätzungswesen. Beim Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement schliesslich werden das Amt für Mittelschulen und das Amt für Tertiärbildung in ein Amt für Höhere Bildung zusammengeführt und vom Departement für Finanzen und Gemeinden die Stabsstelle für Chancengleichheit (bisher Stabsstelle für Gleichstellungsfragen) übernommen und ins Departementssekretariat integriert.

Art. 12 Unterschriftsberechtigung I. In den Departementen

Die Artikel 12–14 E-RVOV regeln die Unterschriftsberechtigung in den Departementen und in den Ämtern für Verfügungen, Beschwerdeentscheide und andere Geschäfte. Der sachliche Geltungsbereich dieser Bestimmungen geht somit über denjenigen der bisherigen Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern (BR 170.600) vom 31. Januar 1995 hinaus. Bezüglich der Verfügungen und Beschwerdeentscheide wurden die materiellen Bestimmungen dieser Verordnung praktisch unverändert übernommen. Die Verordnung kann deshalb aufgehoben werden (vgl. Art. 17 lit. b E-RVOV).

Abs.1 und 2: Zeichnungsberechtigt für den Aufgabenbereich eines Departementes sind grundsätzlich (nur) die Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorsteher (Abs. 1). Sie können die Unterschriftsberechtigung jedoch für bestimmte Sachbereiche delegieren (Abs. 2).

Abs. 3: Wie bisher ist eine Delegation der Unterschriftsberechtigung bei Verfügungen und Beschwerdeentscheiden ausgeschlossen (vgl. Art. 2 und 3 Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern). Im Verhinderungsfalle hat das stellvertretende Regierungsmitglied oder, wenn dieses ebenfalls verhindert ist, ein anderes Mitglied der Regierung zu unterzeichnen.

Art. 13 2. In den Ämtern

Hier wird die bereits heute bestehende Regelung übernommen (vgl. Art. 4 Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern). Grundsätzlich sind die Leiterinnen und Leiter für den Aufgabenbereich eines Amtes oder einer gleichgestellten Organisationseinheit zeichnungsberechtigt.

Sie können die Unterschriftsberechtigung für bestimmte Sachbereiche, insbesondere auch für Verfügungen, jedoch delegieren.

Art. 14 3. Form der Unterschriftsdelegation, Öffentlichkeit

Abs. 1: Bezüglich der Form der Unterschriftsdelegation wird die bisherige bewährte Regelung der Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern (vgl. Art. 5) übernommen. Die geforderte generelle Umschreibung kann in einer Dienstanweisung, Richtlinie oder Stellenbeschreibung beziehungsweise einem Pflichtenheft erfolgen.

Abs. 2: Diese Bestimmung entspricht der bisherigen Regelung in der Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern (vgl. Art. 6).

Art. 15 Unterzeichnungsformen

1. Einzelverfügungen und Beschwerdeentscheide

Abs. 1: Bei Einzelverfügungen und Beschwerdeentscheiden bildet die eigenhändige Unterzeichnung nach wie vor die Regel (Absatz 1). Auch ohne spezielle Erwähnung gilt die Eigenhändigkeit der Unterzeichnung selbstverständlich auch für Fälle, wo sie vom übergeordneten Recht verlangt wird. Konkret ist dies in den Bereichen des Obligationenrechts, aber auch im Verfahrens- und Prozessrecht der Fall.

Abs. 2: Der technologischen Entwicklung entsprechend, ist in Absatz 2 als nicht eigenhändige Unterzeichnungsform, die in der Praxis zur Anwendung gelangt, neu auch die elektronische Unterschriftenvorlage zu erwähnen. Weiter soll der Praxis Rechnung getragen werden, dass in Bereichen, in denen Einzelverfügungen in grösserer Zahl erlassen werden (z.B. gewisse Beitragsverfügungen oder Bewilligungen), die Unterzeichnung auch mit elektronischer Vorlage erfolgt.

Art. 16 2. Massenverfügungen

Diese Bestimmung entspricht der bisherigen Regelung in der Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern (vgl. Art. 8), mit der Ergänzung bezüglich der elektronischen Vorlage (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Artikel 15 Absatz 2 vorne).

III. Schlussbestimmungen (Art. 17–19 E-RVOV)

Art. 17 Aufhebung bisherigen Rechts

Mit der Zuweisung der Aufgabengebiete an die Departemente im Anhang zur vorliegenden Verordnung und der Regelung der Unterschriftsberechtigung in den Artikeln 12–16 der vorliegenden Verordnung werden der Regierungsbeschluss betreffend Zuweisung von Sachgebieten an die

Departemente (BR 170.325) vom 15. Dezember 1986 sowie die Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern (BR 170.600) vom 31. Januar 1995 hinfällig und können aufgehoben werden.

Art. 18 Änderung bisherigen Rechts

Ziff. 1: Im Rahmen des Projektes «Reorganisation der kantonalen Verwaltung» wird das Sozialamt vom bisherigen Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement ins Departement für Volkswirtschaft und Soziales verschoben. Entsprechend ist Artikel 1 der Ausführungsbestimmungen zum Suchthilfegesetz vom 2. September 1997 anzupassen. Zuständiges Departement für den Vollzug des Suchthilfegesetzes ist neu das Departement für Volkswirtschaft und Soziales.

Ziff. 2: Im Rahmen des Projektes «Reorganisation der kantonalen Verwaltung» wird das Sozialamt vom bisherigen Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement ins Departement für Volkswirtschaft und Soziales verschoben. Entsprechend ist Artikel 2 der regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden (BR 548.310) anzupassen. Zuständiges Departement ist neu das Departement für Volkswirtschaft und Soziales.

Ziff. 3: Das Amt für Zivilschutz und Katastrophenhilfe heisst neu Amt für Militär und Zivilschutz. Artikel 2 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Katastrophenhilfe ist entsprechend anzupassen.

Art. 19 In-Kraft-Treten

Die Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung soll zusammen mit dem neuen Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, voraussichtlich auf 1. Januar 2007 in Kraft treten.

3. Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung

Die Reorganisation der Kantonalen Verwaltung und das Projekt RVOG/RVOV machen die Anpassung verschiedener Rechtsgrundlagen nötig. Soweit es dabei um Erlasse auf Gesetzesstufe und auf Stufe Regierungsverordnung geht, wurden die notwendigen Anpassungen in den Schlussbestimmungen des RVOG (Art. 25) beziehungsweise der RVOV (Art. 17 und 18) berücksichtigt. Eine Ausnahme bilden die Anpassungen in den regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (BR 720.370). Die Finanzausgleichsgesetzgebung steht zurzeit in Revision. Das hat zur Folge, dass auch die dazugehörigen regierungsrätlichen Ausführungsbestimmungen revidiert werden müssen. Es ist deshalb sinnvoll,

bei dieser Gelegenheit auch die aus dem vorliegenden Zusammenhang notwendigen Anpassungen (betrifft Art. 5 Abs. 3, Art. 8 Abs. 2 und Art. 10 Abs. 2 RABzFAG) vorzunehmen.

Handlungsbedarf besteht aber auch noch bei fünf grossrätlichen Erlassen. So sind die *Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden* vom 26. Februar 1972 (BR 170.320) und die grossrätliche *Verordnung über das Amt für Polizeiwesen* vom 26. November 1964 (BR 610.100) aufzuheben. Anzupassen sind weiter einmal die grossrätliche *Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten* vom 1. Oktober 1993 (BR 549.100) in Artikel 7 (zuständiges Departement neu DIV bzw. DVS statt JPSP) und die grossrätliche *Vollziehungsverordnung zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes* vom 9. Oktober 1996 (BR 618.100) in Artikel 6 und Artikel 10 Absatz 5 (zuständig neu Asylorganisation im Amt für Polizeiwesen statt Sozialamt). Die Aufhebungen und Anpassungen sollen gemeinsam in einem so genannten Mantelerlass unter dem Sammeltitle «Verordnung über die Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation der Kantonalen Verwaltung» umgesetzt werden. Dabei gilt es Artikel 103 Absätze 1 und 2 KV zu beachten. Die neue Kantonsverfassung kennt keine selbstständigen, d.h. verfassungsunmittelbaren grossrätlichen Verordnungen mehr. Die Änderung solcher Verordnungen hat deshalb grundsätzlich in den heute noch zulässigen Rechtssetzungsformen (formelles Gesetz und Regierungsverordnung) zu erfolgen. Gemäss Praxisfestlegung gilt dies jedoch nicht für die blosse Aufhebung von Bestimmungen in solchen Verordnungen. Deshalb ist der vorliegende Vorschlag darauf beschränkt, die nicht mehr aktuellen Zuständigkeitsbestimmungen in den beiden Verordnungen aufzuheben. Die neuen Zuständigkeiten lassen sich aus der Zuweisung der Aufgabenbereiche und der organisatorischen Unterstellung herleiten. Bei einer späteren Revision der beiden Erlasse können sie dann ausdrücklich geregelt werden. Anders liegt der Fall bei der ebenfalls anpassungsbedürftigen grossrätlichen *Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unterhaltsberechtignte Kinder* vom 31. Mai 1986 (BR 215.050). Diese Verordnung stützt sich auf Art. 40 EG zum ZGB (BR 210.100) ab, welcher den Grossen Rat ausdrücklich zum Erlass einer Verordnung ermächtigt. Einer Änderung von Art. 12 dieser unselbstständigen Verordnung (zuständiges Departement neu DVS statt JPSP) steht deshalb nichts im Wege.

IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die vorliegende Revision der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzgebung hat für den Kanton keine direkten personellen oder finanziellen Auswirkungen.

V. Berücksichtigung der Grundsätze «VFRR»

Die Grundsätze der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtssetzung und Rechtsanwendung (VFRR) werden mit der Revisionsvorlage beachtet. Die Regelungen in Gesetz und Regierungsverordnung sind auf das Wesentliche beschränkt. Der bisher auf vier Erlasse verteilte Regelungsstoff wird in zwei Erlassen zusammengefasst und auch die Anzahl der Artikel leicht reduziert. Die von der Verfassung vorgezeichnete Flexibilität in organisatorischen Belangen ist gewährleistet.

VI. In-Kraft-Treten

Die Revision soll auf 1. Januar 2007 in Kraft treten.

VII. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage einzutreten;
2. dem Erlass des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes zuzustimmen;
3. die Verordnung über die Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung zu erlassen;

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *Lardi*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)

vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 7. März 2006,

beschliesst:

I. Regierung

1. STELLUNG UND AUFGABEN

Art. 1

¹ Die Regierung ist unter Vorbehalt der Befugnisse des Grossen Rates die oberste leitende und vollziehende Behörde des Kantons. Stellung

² Jedes Regierungsmitglied ist Vorsteherin oder Vorsteher eines Departementes der kantonalen Verwaltung und untersteht als solche oder solcher der Regierung als Gesamtbehörde.

Art. 2

Die Aufgaben der Regierung richten sich insbesondere nach Artikel 42 ff. der Kantonsverfassung sowie nach den in der übrigen Gesetzgebung enthaltenen Bestimmungen. Aufgaben

Art. 3

Das Amt eines Mitglieds der Regierung ist unvereinbar mit Gemeinde-, Kreis- und Bezirksämtern sowie Ämtern in Regionalverbänden. Im Übrigen gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen gemäss Artikel 22 der Kantonsverfassung. Unvereinbarkeit

Art. 4

Verwandte und Verschwägte bis zum vierten Grad, Ehegatten, eingetragene Partnerinnen und Partner sowie Personen, die durch faktische Lebensgemeinschaft verbunden sind, dürfen nicht gleichzeitig in der Regierung Einsitz nehmen. Diese Ausschlussgründe gelten auch für die Kanzleidirektorin oder den Kanzleidirektor. Ausschluss

Art. 5

Amtsgeheimnis

¹ Die Regierungsmitglieder sind in amtlichen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheim sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das Amtsgeheimnis ist auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt zu wahren.

² Die Regierung kann ein Mitglied ermächtigen, in einem Zivil-, Straf- oder Verwaltungsverfahren über Gegenstände seines Amtsgeheimnisses auszusagen oder Akten herauszugeben.

Art. 6Geschenkan-
nahmeverbot

¹ Die Regierungsmitglieder dürfen für ihre amtliche Tätigkeit grundsätzlich keine Geschenke oder andere Vorteile beanspruchen oder annehmen.

² Ausgenommen davon sind Geschenke, welche in der konkreten Situation üblich und von untergeordnetem Wert sind.

2. ORGANISATION UND VERFAHREN**Art. 7**

Einberufung

¹ Die Regierung versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern. Sie tagt in der Regel einmal pro Woche.

² Jedes Regierungsmitglied kann jederzeit die Einberufung einer Sitzung verlangen.

³ Die Verhandlungen der Regierung sind nicht öffentlich.

Art. 8

Teilnahme

¹ An den Regierungssitzungen nehmen die Regierungsmitglieder und die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor teil.

² Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor hat beratende Stimme, protokolliert die getroffenen Beschlüsse und sorgt für deren Bekanntmachung. Für die Geschäfte der Standeskanzlei besitzt sie oder er das Antragsrecht. Im Verhinderungsfall nimmt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter an den Sitzungen teil.

³ Die Regierung kann zu ihrer Information Mitarbeitende oder andere Sachkundige beziehen.

Art. 9Beschlussfassung
l. Allgemein

¹ Die Regierung ist beschlussfähig, wenn wenigstens drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind.

² Die Abstimmungen und Wahlen werden offen durchgeführt. Jedes stimmberechtigte Mitglied ist zur Stimmabgabe verpflichtet.

³ Massgebend ist die Mehrheit der Stimmenden.

⁴ Bei Stimmgleichheit steht der Präsidentin oder dem Präsidenten der Stichentscheid zu.

Art. 10

¹ In dringenden Fällen kann ein Beschluss auf dem Zirkulationsweg gefasst werden, wenn die Abhaltung einer Sitzung innert nützlicher Frist nicht möglich ist. 2. Zirkulationsweg

² Zirkulationsbeschlüsse bedürfen der Zustimmung von wenigstens drei Regierungsmitgliedern.

Art. 11

¹ Ein Regierungsmitglied hat in den Ausstand zu treten, wenn Ausstand

- a) es selbst, die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner, eine Person, mit welcher es eine faktische Lebensgemeinschaft führt oder einer seiner Verwandten oder Verschwägerten bis zum vierten Grad an einem Beschluss der Regierung ein unmittelbares persönliches Interesse hat;
- b) die Regierung über Beschwerden gegen eigene Departementsverfügungen entscheidet.

Im Übrigen richtet sich der Ausstand im Bereich der Rechtspflege nach den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes.

² Ein unmittelbares persönliches Interesse ist nur anzunehmen, wenn sich aus dem betreffenden Beschluss für eine der in Absatz 1 genannten Personen ein direkter Vor- oder Nachteil ergeben kann.

³ Diese Ausstandsordnung findet sinngemäss auch auf die Tätigkeiten der Regierungsmitglieder als Departementsvorsteherin oder Departementsvorsteher und der Kanzleidirektorin oder des Kanzleidirektors Anwendung.

⁴ Ausstandsfragen entscheidet die Regierung unter Ausschluss der oder des Betroffenen.

Art. 12

¹ Die Regierungspräsidentin oder der Regierungspräsident leitet die Tätigkeit der Regierung. Sie oder er führt den Vorsitz, sorgt für eine sach- und zeitgerechte Abwicklung der Regierungsgeschäfte und überwacht die Zusammenarbeit unter den Departementen. Regierungspräsidentin oder Regierungspräsident

² Die Präsidentin oder der Präsident vertritt die Regierung nach aussen, soweit von der Regierung nichts anderes bestimmt wird.

³ Wenn ein Geschäft keinen Aufschub erträgt, so kann sie oder er an Stelle der Gesamtbehörde Präsidialverfügungen erlassen. Diese sind der Regierung nachträglich ohne Verzug zur Kenntnis zu bringen.

Art. 13

Ausschüsse

¹ Die Regierung kann Ausschüsse bilden.² Diese bereiten Beratungen und Entscheidungen der Regierung vor oder führen für das Kollegium mit anderen Behörden oder mit Privaten Verhandlungen.**Art. 14**Besoldung und
Versicherungsschutz

Besoldung und Versicherung richten sich nach der Spezialgesetzgebung.

II. Kantonale Verwaltung**Art. 15**Allgemeine
Gliederung¹ Die Kantonale Verwaltung gliedert sich in fünf Departemente und die Standeskanzlei als Stabsstelle.² Diese umfassen Verwaltungseinheiten, die ihnen unterstellt oder administrativ zugewiesen sind.³ Verwaltungsaufgaben werden zudem nach Massgabe der gesetzlichen Vorschriften durch Träger ausserhalb der kantonalen Verwaltung wahrgenommen.**Art. 16**Administrative
Unterstellung und
Zuweisung¹ Verwaltungseinheiten werden ausnahmsweise einem Departement oder der Standeskanzlei administrativ unterstellt, wenn Spezialvorschriften dies verlangen. Die fachliche Unterstellung richtet sich nach der zuweisenden Regelung.² Aufgabenträger mit eigener Rechtspersönlichkeit werden einem Departement oder der Standeskanzlei administrativ zugewiesen, soweit sich aus den Spezialvorschriften nichts anderes ergibt. Sie sind nach Massgabe der Spezialvorschriften in der Aufgabenerfüllung autonom.**Art. 17**Departemente
1. Zuteilung,
Stellvertretung¹ Die Regierung teilt jedem ihrer Mitglieder die Leitung eines Departements zu.² Sie bezeichnet für jedes Departement eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.³ Die Zuteilung erfolgt zu Beginn jeder Amtsdauer, nach Ersatzwahlen oder wenn es besondere Umstände rechtfertigen.**Art. 18**2. Benennung,
Aufgaben-
bereiche¹ Die Regierung benennt die Departemente und weist ihnen die Aufgabenbereiche zu.

² Bei der Zuweisung achtet sie insbesondere auf die effiziente Aufgabenerledigung und die ausgewogene politische Gewichtung.

Art. 19

¹ Die Departemente wirken bei der Vorbereitung der Regierungsgeschäfte mit und erfüllen die ihnen durch Gesetz, Verordnung oder Beschluss der Regierung zugewiesenen Verwaltungsaufgaben. 3. Zuständigkeiten

² Sie führen und beaufsichtigen die ihnen unterstellten Verwaltungseinheiten.

Art. 20

Die organisatorische Gliederung der Departemente in den Grundzügen wird durch die Regierung festgelegt. 4. Organisation

Art. 21

¹ Die Standeskanzlei ist die allgemeine Stabs-, Koordinations- und Verbindungsstelle von Regierung und Verwaltung und erfüllt die ihr durch Gesetz, Verordnung oder Beschluss der Regierung zugewiesenen Aufgaben. Standeskanzlei als Stabsstelle

² Sie führt und beaufsichtigt die ihr unterstellten Verwaltungseinheiten.

³ Sie wird von der Kanzleidirektorin oder vom Kanzleidirektor geleitet, die der Regierungspräsidentin oder dem Regierungspräsidenten untersteht.

⁴ Die organisatorische Gliederung der Standeskanzlei in den Grundzügen wird durch die Regierung festgelegt.

Art. 22

¹ Die Regierung und die Departemente können ihnen durch Gesetz oder Verordnung zugewiesene Verwaltungsaufgaben generell oder im Einzelfall an die unterstellten Verwaltungseinheiten delegieren. Delegation von Verwaltungsaufgaben

² Die Delegation von Befugnissen zum Erlass von Verwaltungsentscheiden ist nur zulässig, soweit sie durch Verordnung erfolgt. Vorbehalten bleiben zudem die nach der Gesetzgebung über die Verwaltungsrechtspflege zwingend zu berücksichtigenden Zuständigkeiten.

Art. 23

¹ Die Departemente und die übrigen Verwaltungseinheiten sind bei der Ausführung ihrer Tätigkeiten zur Zusammenarbeit verpflichtet. Zusammenarbeit

² Die Regierung kann für die Behandlung wichtiger Geschäfte besondere Arbeitsgruppen, Kommissionen, Konferenzen oder Projektorganisationen einsetzen, denen auch aussenstehende Sachverständige angehören können.

³ Berührt ein Geschäft den Zuständigkeitsbereich mehrerer Departemente bestimmt im Konfliktfall die Regierung, welchem von ihnen die Federführung zukommt.

III. Schlussbestimmungen

Art. 24

Vollzug

Die Regierung erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen, insbesondere über

- a) den Geschäftsgang in der Regierung;
- b) die Benennung der fünf Departemente und die Zuordnung der Aufgabenbereiche;
- c) die organisatorische Gliederung der Departemente und der Ständekanzlei in den Grundzügen;
- d) die Unterschriftsberechtigung für die Regierung, Departemente und nachgeordneten Verwaltungseinheiten.

Art. 25

Änderung
bisherigen Rechts

Mit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes werden nachstehende Erlasse wie folgt geändert:

1. Gesetz über die Unvereinbarkeit von Ämtern im Kanton Graubünden (Unvereinbarkeitsgesetz) vom 3. März 1968 (BR 170.010)

Art. 1a

Aufgehoben

2. Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe im Kanton Graubünden (Sozialhilfegesetz) vom 7. Dezember 1986 (BR 546.100)

Art. 9 lit. c

Aufgehoben

Art. 10 Abs. 2 lit. g

Aufgehoben

Art. 12

Aufgehoben

Art. 26

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Es wird von der Regierung in Kraft gesetzt.

Referendum und
In-Kraft-Treten

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV)

Gestützt auf Art. 49 der Kantonsverfassung und Art. 24 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes

von der Regierung erlassen am...

I. Regierung

Art. 1

Die Sitzungen finden in der Regel am Dienstag im Regierungsgebäude in Chur statt. Sitzungsort und Sitzungstag

Art. 2

Die Regierung setzt den Amtsantritt für ein in einer Ersatzwahl neu gewähltes Mitglied fest. Eintritt während der Amtsdauer

Art. 3

¹ Beschlussanträge sind von den Departementen bis spätestens zwei Arbeitstage vor der Sitzung schriftlich bei der Standeskanzlei einzureichen. Sie sind in jener Form abzufassen, in welcher sie nach der Beschlussfassung durch die Regierung ausgefertigt werden. Zustellung der Anträge

² Anträge und Berichte grösseren Umfanges oder grösserer Tragweite, insbesondere Entwürfe von Botschaften an den Grossen Rat und von Regierungsverordnungen, sind spätestens eine Woche vor der Sitzung je in einer Ausfertigung den Regierungsmitgliedern und der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor zuzustellen.

Art. 4

Aufgrund der Meldungen der Departemente erstellt die Standeskanzlei die Traktandenliste für die Regierungssitzung. Sie stellt die Liste umgehend den Regierungsmitgliedern sowie der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor zur Verfügung. Traktandenliste

Art. 5

Die Sitzungsakten werden im Regierungsgebäude zur Einsichtnahme aufgelegt. Anträge und Schlüsseldokumente sind zusätzlich elektronisch zur Verfügung zu stellen. Aktenauflage

Art. 6

Verschiebung
eines Geschäftes,
Rückkommen

¹ Die Beratung eines Geschäftes wird verschoben, wenn:

- a) das Regierungsmitglied, welches für das Geschäft zuständig ist, dies verlangt;
- b) bei weiterem Klärungsbedarf oder aus anderen wichtigen Gründen, falls die Mehrheit der Regierungsmitglieder dies beschliesst.

² Die Regierung kann auf einen Beschluss zurückkommen, wenn dieser noch nicht zugestellt ist und die Mehrheit der Regierungsmitglieder dem Rückkommensantrag zustimmt.

Art. 7

Protokoll

¹ Das Protokoll enthält die Wiedergabe der Regierungsbeschlüsse.

² Im Protokoll dürfen keine Hinweise auf das Stimmverhältnis festgehalten werden.

³ Jedes Regierungsmitglied hat das Recht, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu Protokoll zu geben.

Art. 8

Ausfertigung und
Unterzeichnung

¹ Die Beschlüsse werden von der Standeskanzlei ausgefertigt.

² Die für das Protokoll bestimmte Beschlussausfertigung wird gestempelt und von der Regierungspräsidentin oder vom Regierungspräsidenten und von der Kanzleidirektorin oder dem Kanzleidirektor handschriftlich unterzeichnet.

³ Für die elektronische oder mechanische Wiedergabe der Beschlussausfertigung kann die Unterzeichnung mit elektronischer Vorlage oder mittels Faksimile-Stempel erfolgen, sofern die handschriftliche Unterzeichnung nicht zwingend vorgeschrieben ist.

II. Kantonale Verwaltung

Art. 9

Gliederung
und Benennung

Die Kantonale Verwaltung gliedert sich wie folgt:

- a) Departement für Volkswirtschaft und Soziales
- b) Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit
- c) Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
- d) Departement für Finanzen und Gemeinden
- e) Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement
- f) Standeskanzlei als Stabsstelle

Art. 10

Die Aufgabenbereiche der einzelnen Departemente und der Standeskanzlei werden von der Regierung im Anhang zu dieser Verordnung festgelegt.

Aufgabenbereiche
Departemente
und
Standeskanzlei

Art. 11

Die organisatorische Gliederung der Departemente in Ämter und gleichgestellte Organisationseinheiten sowie der Standeskanzlei wird von der Regierung im Anhang zu dieser Verordnung festgelegt. Die weitere Organisation bestimmt die Departementsvorsteherin oder der Departementsvorsteher beziehungsweise die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor.

Organisatorische
Gliederung
Departemente
und
Standeskanzlei

Art. 12

¹ Die Departementsvorsteherinnen oder Departementsvorsteher sind für den Aufgabenbereich eines Departementes zeichnungsberechtigt.

Unterschriftsberechtigung
1. In den
Departementen

² Sie können für bestimmte Sachbereiche weitere Unterschriftsberechtigungen festlegen.

³ Verfügungen und Beschwerdeentscheide des Departementes unterzeichnet im Verhinderungsfalle der Vorsteherin oder des Vorstehers das stellvertretende Regierungsmitglied oder, wenn dieses ebenfalls verhindert ist, ein anderes Mitglied der Regierung.

Art. 13

¹ Die Leiterinnen und Leiter sind für den Aufgabenbereich eines Amtes oder einer gleichgestellten Organisationseinheit zeichnungsberechtigt.

2. In den Ämtern

² Sie können für bestimmte Sachbereiche weitere Unterschriftsberechtigungen festlegen.

Art. 14

¹ Die Delegation der Unterschriftsberechtigung hat in Form einer generellen Umschreibung zu erfolgen.

3. Form der
Unterschriftsdelegation,
Öffentlichkeit

² Auf Verlangen ist Aussenstehenden Einsicht in die Grundlagen der Unterschriftsdelegation zu geben

Art. 15

¹ Einzelverfügungen und Beschwerdeentscheide sind in der Regel eigenhändig zu unterzeichnen.

Unterzeichnungsformen
1. Einzelverfügungen und
Beschwerdeentscheide

² In besonderen Fällen, namentlich bei zeitlicher Dringlichkeit oder wenn Einzelverfügungen in grösserer Zahl erlassen werden, kann die Unterzeichnung mit Faksimile-Stempel oder elektronischer Vorlage erfolgen.

Art. 16

2. Massenver-
fügungen

Verfügungen, die in grosser Zahl auf elektronischem oder mechanischem Weg erlassen werden, können mit Faksimile-Stempel oder mit elektronischer Vorlage unterzeichnet werden oder keine Unterschrift tragen.

III. Schlussbestimmungen

Art. 17

Aufhebung
bisherigen Rechts

Die nachfolgenden Erlasse werden aufgehoben:

- a) Beschluss betreffend Zuweisung von Sachgebieten an die Departemente vom 15. Dezember 1986;
- b) Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern vom 31. Januar 1995.

Art. 18

Änderung
bisherigen Rechts

Die nachstehenden Verordnungen werden wie folgt geändert:

1. Ausführungsbestimmungen zum Suchthilfegesetz vom 2. September 1997 (BR 500.810)

Art. 1

Departementale
Zuständigkeiten
1. **Departement
für Volkswirt-
schaft und
Soziales**

Das **Departement für Volkswirtschaft und Soziales** vollzieht das Gesetz, soweit weder das eidgenössische noch das kantonale Recht etwas anderes vorsehen.

2. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden vom 11. November 2003 (BR 548.310)

Art. 2

Zuständiges Departement ist das **Departement für Volkswirtschaft und Soziales**.

3. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Katastrophenhilfe vom 12. Dezember 2000 (BR 630.120)

Art. 2

Das Amt für **Militär** und **Zivilschutz** hat alle Aufgaben wahrzunehmen und Entscheide zu treffen, für die nach dem Recht des Bundes oder des Kantons keine andere Instanz zuständig ist.

Art. 19

Diese Verordnung tritt zusammen mit dem Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz in Kraft.

Aufgabenbereiche und Gliederung der Departemente

I. Aufgabenbereiche der Departemente und der Standeskanzlei

A. Departement für Volkswirtschaft und Soziales

1. Volkswirtschaft
 - a) Handelsregister und Grundbuch
 - b) Landwirtschaft
 - Betriebsberatung
 - Strukturverbesserungen und Vermessungen
 - Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit
 - Plantahof (Landw. Bildungs- und Beratungszentrum)
 - c) Industrie, Gewerbe und Arbeit
 - Aufsicht über die Industrie, Gewerbe und Arbeit
 - Wirtschaftliche Landesversorgung
 - Arbeitsbeschaffung
 - Arbeitslosenversicherung
 - Preiskontrolle und Konsumentenschutz
 - d) Tourismus
 - Fördermassnahmen
 - Gastwirtschaftsgewerbe
 - Schneesport- und Bergführerwesen
 - Luftseilbahnen und Skilifte
 - e) Wirtschaftsförderung
 - Fördermassnahmen
 - Entwicklungskonzepte
 - Standortmarketing
 - f) Regionalpolitik
 - Fördermassnahmen
 - Statistik
 - g) Raumentwicklung
 - Kantonale Raumordnungspolitik
 - Richt- und Nutzungsplanungen
 - Aufsicht kommunales Bau- und Planungswesen
 - Bauen ausserhalb der Bauzonen
 - h) Wohnungsbau und Mietwesen
 - i) Europafragen
 - j) Welthandel

2. Soziales
 - a) Sozialhilfe
 - Persönliche Hilfe
 - Materielle Hilfe
 - Pflegekinderwesen
 - Aufsicht über die Kinderheime
 - Integration behinderter Erwachsener
 - Familienfragen
 - Opferhilfe/Kinderschutz
 - b) Sozialversicherungen
 - AHV-Ausgleichskasse
 - IV-Stelle
 - Familienausgleichskasse

B. Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit

1. Justiz
 - a) Justiz
 - Gerichtswesen
 - Strafuntersuchung und -verfolgung
 - Allgemeine Verfassungsfragen
 - b) Strafrecht und Strafvollzug
 - Allgemeines Strafrecht
 - Straf- und Massnahmenvollzug
 - c) Bürger- und Zivilrecht
 - Einbürgerungen
 - Zivilstandswesen
 - d) Anwalts- und Notariatswesen
2. Sicherheit
 - a) Kantonspolizei
 - Allgemeine Polizeiaufgaben
 - Verkehrspolizei
 - Kriminalpolizei
 - Sicherheitspolizei
 - b) Ausländerrecht
 - Fremdenpolizei
 - Asylwesen
 - c) Pass- und Patentwesen
 - d) Spielpolizei und Lotteriewesen
 - e) Eich- und Messwesen
 - f) Strassenverkehr
 - Fahrzeugsteuern
 - Führerprüfungen und Fahrzeugabnahmen
 - Sonderbewilligungen
 - Strafen und Massnahmen

- g) Schifffahrt
- h) Gebäudeversicherung
 - Gebäudeversicherung
 - Elementarschäden
- i) Feuerpolizei
 - Feuerverhütung
 - Feuerbekämpfung
- j) Militär
 - Kreiskommando
- k) Zivilschutz
 - Bauten
 - Ausbildung
- l) Kantonale Sicherheitskooperation
 - Kantonale Leitungsorganisation für den Katastrophenfall
 - Kantonaler Führungsstab
 - Gemeindeführungsstäbe

3. Gesundheit

- a) Alters- und Pflegeheime
 - Beiträge
 - Planung
- b) Bestattungswesen
- c) Betäubungsmittel
- d) Gesundheitsförderung und Prävention
- e) Gesundheitspolizei
 - Aufsicht
 - Bewilligungen
- f) Gesundheitsschutz
- g) Heilmittel
- h) Krankenversicherung
 - Prämienverbilligung
 - Versicherungsobligatorium
 - Tarife
- i) Psychiatrische Kliniken
 - Beiträge
 - Planung
- j) Rehabilitationskliniken
 - Beiträge
 - Planung
- k) Rettungswesen
- l) Schularztdienst
- m) Schulzahnpflege
- n) Spitäler
 - Beiträge
 - Planung

- o) Spitex

C. Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement

1. Erziehung
 - a) Volksschule, Kindergarten und Sonderschulung
 - b) Mittelschulen und Tertiärbildung
 - c) Berufsbildung und Berufsberatung
 - d) Sport und Sportförderung
2. Kultur
 - a) Kultur und Sprachförderung
 - b) Archäologie und Denkmalpflege
 - c) Staatsarchiv und Kantonsbibliothek
 - d) Kantonale Museen
3. Umweltschutz
 - a) Natur und Landschaft
 - b) Ökologie
 - c) Wasser und Abwasser
 - d) Abfall und Kies
 - e) Luft, Lärm, Strahlen

D. Departement für Finanzen und Gemeinden

1. Finanzen
 - a) Finanzpolitik
 - b) Finanzkontrolle
 - c) Finanzverwaltung
 - Finanz- und Rechnungswesen
 - Tresorerie
 - Stiftungsaufsicht
 - d) Personal und Organisation
 - Personalmanagement
 - Organisationsfragen
 - e) Pensionskasse
 - f) Steuern
 - Vollzug des kantonalen Steuergesetzes
 - Vollzug der direkten Bundessteuer
 - Gesetzgebung (allgemeine Steuern)
 - Gemeindesteuern
 - g) Informatik
 - h) Schätzungen
2. Gemeinden
 - Gemeindeaufsicht
 - Interkommunaler Finanzausgleich

E. Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement

1. Bau
 - a) Strassenbau und -unterhalt
 - Projektierung
 - Strassenerhaltung
 - Oberbauleitung
 - Landerwerb und Administration
 - b) Fluss- und Wildbachverbauung
 - c) Hochbau
 - Bauvorhaben
 - Bewirtschaftung für immobilien
2. Wasser und Energie
 - a) Wasserkraftnutzung
 - b) Energienutzung und -beratung
 - c) Energieversorgung
3. Verkehr
 - a) Koordinierte Verkehrspolitik
 - b) Öffentlicher Verkehr
 - Eisenbahnen
 - Busbetriebe
 - c) Langsamverkehr
 - d) Luftverkehr
4. Wald
 - a) Waldbewirtschaftung
 - b) Holzkette
 - c) Walderhaltung
 - d) Schutz vor Naturgefahren
5. Jagd und Fischerei
 - a) Jagdaufsicht
 - b) Jagdplanung
 - c) Wildhege
 - d) Fischereiaufsicht
 - e) Fischereibewirtschaftung

F. Stadeskanzlei

1. Allgemeine Stabsdienste für die Regierung
2. Führungsunterstützung für die Regierung
3. Informationsdienst für die Regierung
4. Koordination Aussenbeziehungen
5. Koordination Electronic Government
6. Politische Rechte

7. Übersetzungsdienst für Regierung und Kantonale Verwaltung
8. Formelle Gesetzgebung
9. Datenschutz
10. Zentrale Dienste (Postdienst, Drucksachen und Materialdienst, Legalisationen)
11. Protokolldienst für Anlässe der Regierung

II. Gliederung der Departemente und der Standeskanzlei

A. Departement für Volkswirtschaft und Soziales

Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales gliedert sich wie folgt:

1. Departementssekretariat
2. Grundbuchinspektorat und Handelsregister
3. Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
4. Amt für Wirtschaft und Tourismus
5. Amt für Raumentwicklung
6. Landwirtschaftliches Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof
7. Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit
8. Amt für Landwirtschaft, Strukturverbesserung und Vermessung
9. Sozialamt

Dem Departement für Volkswirtschaft und Soziales ist zugewiesen:

- Sozialversicherungsanstalt

B. Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit

Das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit gliedert sich wie folgt:

1. Departementssekretariat
2. Staatsanwaltschaft
3. Amt für Justizvollzug
4. Kantonspolizei
5. Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht
6. Strassenverkehrsamt
7. Amt für Militär und Zivilschutz
8. Gesundheitsamt

Dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit sind zugewiesen:

1. Psychiatrische Dienste Graubünden
2. Gebäudeversicherungsanstalt

C. Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement

Das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement gliedert sich wie folgt:

1. Departementsdienste (inkl. Stabsstelle für Chancengleichheit)
2. Amt für Volksschule und Sport
3. Amt für Berufsbildung
4. Amt für Höhere Bildung
5. Amt für Kultur
6. Amt für Natur und Umwelt

Dem Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement sind zugewiesen:

1. Bildungszentrum Gesundheit und Soziales
2. Pädagogische Hochschule
3. Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur

D. Departement für Finanzen und Gemeinden

Das Departement für Finanzen und Gemeinden gliedert sich wie folgt:

1. Departementssekretariat
2. Finanzverwaltung
3. Finanzkontrolle
4. Steuerverwaltung
5. Amt für Informatik
6. Personal- und Organisationsamt
7. Gemeindeinspektorat
8. Amt für Schätzungswesen

Dem Departement für Finanzen und Gemeinden ist zugewiesen:

- Kantonale Pensionskasse

E. Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement

Das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement gliedert sich wie folgt:

1. Departementssekretariat
2. Tiefbauamt
3. Hochbauamt
4. Amt für Energie
5. Amt für Wald
6. Amt für Jagd und Fischerei

Dem Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement ist zugewiesen:

- Bildungszentrum für Wald Maienfeld

F. Standeskanzlei

Die Standeskanzlei gliedert sich wie folgt:

1. Führungsunterstützung
2. Allgemeine Dienste
3. Sekretariat der Regierung
4. Ratssekretariat

Der Standeskanzlei ist zugewiesen:

- Datenschutzaufsichtsstelle

Verordnung über die Aufhebung und Anpassung grossrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation der kantonalen Verwaltung

vom...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 7. März 2006,

beschliesst:

Art. 1

Die nachstehenden grossrätlichen Verordnungen werden aufgehoben:

Aufzuhebende
Erlasse

1. Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden vom 26. Februar 1972 (BR 170.320)
2. Verordnung über das Amt für Polizeiwesen vom 26. November 1964 (BR 610.100)

Art. 2

Die nachstehenden grossrätlichen Verordnungen werden wie folgt angepasst:

Anzupassende
Erlasse

1. Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unterhaltsberechtigte Kinder vom 31. Mai 1986 (BR 215.050)

Art. 12

Das **Departement für Volkswirtschaft und Soziales** erlässt Weisungen und berät die Gemeinden beim Vollzug dieser Verordnung.

2. Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 1. Oktober 1993 (BR 549.100)

Art. 7 Abs. 2

Aufgehoben

3. Vollziehungsverordnung zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes vom 9. Oktober 1996 (BR 618.100)

Art. 6

Aufgehoben

**Art. 10 Abs. 5
Aufgehoben**

Art. 3

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt zusammen mit dem Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz in Kraft.

Lescha davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun (LORA)

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala, suenter avair gì invista da la missiva da la regenza dals 7 da mars 2006,

concluda:

I. Regenza

1. POSIZIUN ED INCUMBENSAS

Art. 1

¹ Cun resalva da las competenzas dal cussegl grond è la regenza l'autorità Posiziun directiva ed executiva suprema dal chantun.

² Mintga commembra u commember da la regenza è scheffa u schef d'in departament da l'administraziun chantunala ed è subordinada sco tala u subordinà sco tal a la regenza sco autorità cumplexsiva.

Art. 2

Las incumbensas da la regenza sa drizzan en spezial tenor ils artitgels Incumbensas 42 ss. da la constituziun chantunala sco er tenor las disposiziuns ch'èn cuntengidas en l'ulteriura legislaziun.

Art. 3

L'uffizi d'ina commembra u d'in commember da la regenza è incumpatibel Incumpatibilitad cun uffizis communal, circuitals e districtuals sco er cun uffizis en corporaziuns regiunalas. Dal rest valan las disposiziuns d'incumpatibilitad tenor l'artitgel 22 da la constituziun chantunala.

Art. 4

Parentas e parents sco er quinadas e quinads fin al quart grad, conjugalas e Exclusiun conjugals, partenarias registradas e partenaris registrads sco er persunas ch'èn colliadas facticamain tras ina communitad da vita na dastgan betg far part a medem temp da la regenza. Quests motivs d'exclusiun valan er per la chanceliera u per il chancelier.

Art. 5

Secret d'uffizi

¹ Las commembras ed ils commembers da la regenza èn obligadas u obligads a la discreziun en fatschentas uffizialas ch'èn secretas tenor lur natira u tenor prescripziuns spezialas. Il secret d'uffizi sto vegnir mantegni er suenter l'extrada or da l'uffizi.

² En in process civil, penal u administrativ po la regenza autorisar ina commembra u in commember da dar perditga u d'edir actas davart cuntegns da ses secret d'uffizi.

Art. 6Scumond
d'acceptar regals

¹ Las commembras ed ils commembers da la regenza na dastgan da princip betg pretender u acceptar regals u auters avantatgs per lur activitad uffiziala.

² Exceptads da quai èn regals ch'èn usitads en la situaziun concreta e che han ina valur subordinada.

2. ORGANISAZIUN E PROCEDURA

Art. 7

Convocaziun

¹ La regenza sa raduna uschè savens sco quai che las fatschentas pretendan. Ella sa raduna per regla ina giada l'emna.

² Mintga commembra u commember da la regenza po pretender da tut temp ch'ina sesida vegnia convocada.

³ Las tractativas da la regenza n'èn betg publicas.

Art. 8

Participaziun

¹ A las sesidas da la regenza sa participeschan las commembras ed ils commembers da la regenza e la chanceliera u il chancelier.

² La chanceliera u il chancelier ha vusch consultativa, protocollescha ils conclus prendids e procura per lur publicaziun. Per las fatschentas da la chanzlia chantunala ha ella u el il dretg da far propostas. En cas d'in impediment sa participescha la substituta u il substitut a las sesidas.

³ Per sia infurmaziun po la regenza consultar collavuraturas e collavuratur u autras spezialistas ed auters spezialists.

Art. 9Deliberaziun
1. en general

¹ La regenza è abla da decider, sche almain trais commembras u commembers èn preschentats u preschents ed han il dretg da votar.

² Las votaziuns e las elecziuns vegnan fatgas avertamain. Mintga commembra e commember cun dretg da votar è obligada respectivamain obligà da votar.

³ Decisiva è la maioritad da las vuschs.

⁴ En cas da paritad da las vuschs ha la presidenta u il president il dretg da la decisiun da tagl.

Art. 10

¹ En cas urgents po in conclus vegnir premdi sin via circulara, sch'i n'è betg pussaivel da far ina sesida a temp util. 2. via circulara

² Conclus circulars basegnan il consentiment d'almain trais commembras u commembers da la regenza.

Art. 11

¹ Ina commembra u in commember da la regenza sto prender recusaziun, sche: Recusaziun

- a) ella sezza u el sez, sia conjugala u ses conjugal, la partenaria registrada u il partenari registrà, ina persuna, cun la quala ella u el maina facticamain ina communitad da vita, ubain ina da sias parentas u quindas u in da ses parents u quinads fin al quart grad han in interess personal direct vi d'in conclus da la regenza;
- b) la regenza decida davart recurs cunter disposiziuns da ses agen departament.

Dal rest sa drizza la recusaziun en il sector da la giurisdicziun tenor las disposiziuns da la lescha costituziunala da las dretgiras.

² In interess personal direct po vegnir supponi mo, sch'i po resultar dal conclus respectiv in avantatg u in dischavantatg direct per ina da las perunas numnadas en l'alineia 1.

³ Quest urden da recusaziun vegn applitgà conform al senn er per las activitads da las commembras e dals commembers da la regenza sco scheffas e sco schefs dals departaments e per las activitads da la chanceliera u dal chancelier.

⁴ Dumondas da recusaziun decida la regenza cun exclusiun da la persuna pertutgada.

Art. 12

¹ La presidenta u il president da la regenza maina l'activitad da la regenza. Ella u el presidiescha, procura che las fatschentas da la regenza hajan lieu conform als fatsgs ed al temp e surveglia la collavuraziun tranter ils departaments. Presidenta u
president da la
regenza

² La presidenta u il president represchenta la regenza vers anor, uschenavant che la regenza na fixescha nagut auter.

³ Sch'ina fatschenta na cumporta nagin entardament, po ella u el – empè da l'autoritad cumplexsiva – relaschar disposiziuns presidialas. Questas disposiziuns ston vegnir communitgadas posteriuramain a la regenza, e quai senza retard.

Art. 13

Giuntas

¹ La regenza po furmar giuntas.² Questas giuntas preparan deliberaziuns e decisiuns da la regenza u main tractativas per il collegi cun autras autoritads u cun persunas privatas.**Art. 14**Salarisaziun e
garanzia tras
l'assicuranza

La salarisaziun e l'assicuranza sa drizzan tenor la legislaziun speziala.

II. Administraziun chantunala**Art. 15**Structuraziun
generala¹ L'administraziun chantunala vegn dividida en tshintg departaments ed en la chanzlia chantunala sco post da stab.² Ils departaments e la chanzlia chantunala cumpiglian unitads administrativas ch'èn subordinadas ad els respectivamain ad ella u ch'èn attribuidas administrativamain ad els respectivamain ad ella.³ A norma da las prescripziuns legalas vegnan ademplidas incumbensas administrativas plinavant tras instituziuns purtadras d'ordaiser l'administraziun chantunala.**Art. 16**Submissiun ed
attribuziun
administrativa¹ Excepziunalmain vegnan unitads administrativas suttamessas administrativamain ad in departament u a la chanzlia chantunala, sche prescripziuns spezialas pretendan quai. La subordinaziun professiunala sa drizza tenor la regulaziun attribuenta.² Instituziuns cun atgna persunalitad giuridica ch'èn incaricadas cun incumbensas vegnan attribuidas administrativamain ad in departament u a la chanzlia chantunala, uschenavant ch'i na resulta nagut auter da las prescripziuns spezialas. A norma da las prescripziuns spezialas èn ellas autonomas areguard l'adempliment da las incumbensas.**Art. 17**Departaments
1. attribuziun,
substituziun¹ La regenza attribuescha a mintgina da sias commembras ed a mintgin da ses commembers la direenziun d'in departament.² Per mintga departament designescha ella ina substituta u in substitut.³ L'attribuziun succeda al cumenzament da mintga perioda d'uffizi, suenter elecziuns complementaras u sche circumstanzas spezialas giustifitgeschan quai.**Art. 18**2. denominaziun,
champs d'incumbensa¹ La regenza denominescha ils departaments ed als attribuescha ils champs d'incumbensa.

² En connex cun l'attribuziun resguarda ella spezialmain che las incumbensas vegnian ademplidas en moda effizienta e che l'impurtanza politica saja equilibrada.

Art. 19

¹ Ils departaments coopereschan tar la preparaziun da las fatschentas da la regenza ed adempleschan las incumbensas administrativas ch'èn attribuidas ad els tras lescha, tras ordinaziun u tras conclus da la regenza. 3. cumpetenzas

² Els mainan e surveglian las unitads administrativas ch'èn subordinadas ad els.

Art. 20

Ils princips da la structuraziun organisatorica dals departaments vegnan fixads da la regenza. 4. organisaziun

Art. 21

¹ La chanzlia chantunala è il post general da stab, da coordinaziun e da colliaziun da la regenza e da l'administraziun ed ademplescha las incumbensas ch'èn attribuidas ad ella tras lescha, tras ordinaziun u tras conclus da la regenza. Chanzlia chantunala sco post da stab

² Ella maina e surveglia las unitads administrativas ch'èn subordinadas ad ella.

³ Ella vegn manada da la chanceliera u dal chancelier, ch'è subordinada u subordinà a la presidenta u al president da la regenza.

⁴ Ils princips da la structuraziun organisatorica da la chanzlia chantunala vegnan fixads da la regenza.

Art. 22

¹ Las incumbensas administrativas attribuidas ad ella ed ad els tras lescha u tras ordinaziun pon la regenza ed ils departaments delegar en general u en il cas singul a las unitads administrativas subordinadas. Delegaziun d'incumbensas administrativas

² La delegaziun da cumpetenzas per relaschar decisiuns administrativas è admissa mo, uschenavant ch'ella succeda tras ordinaziun. Resalvadas restan ultra da quai las cumpetenzas che ston vegnir observadas stringentmain tenor la legislaziun davart la giurisdicziun administrativa.

Art. 23

¹ Ils departaments e las ulteriuras unitads administrativas èn obligads da collavurar en l'execuziun da lur activitads. Collavuraziun

² Per tractar fatschentas impurtantas po la regenza nominar spezialmain gruppas da lavur, cumissiuns, conferenzas u organisaziuns da project, da las qualas er spezialistas externas e spezialists externs pon far part.

³ Sch'ina fatschenta pertutga il champ da cumpetenzza da plirs departaments, fixescha la regenza – en cas da conflicts – qual dad els che surpiglia la direcziun da questa fatschenta.

III. Disposiziuns finalas

Art. 24

Execuziun

La regenza relascha las disposiziuns executivas necessarias, cunzunt per:

- a) l'andament da las fatschentas en la regenza;
- b) la denominaziun dals tschintg departaments e l'attribuziun dals champs d'incumbensa;
- c) ils princips da la structuraziun organisatorica dals departaments e da la chanzlia chantunala;
- d) l'autorisaziun da suttascriber per la regenza, per ils departaments e per las unitads subordinadas.

Art. 25

Midada dal dretg vertent

Cun l'entrada en vigur da questa lescha vegnan midads ils relaschs qua sutvart sco suonda:

1. Lescha davart l'incumpatibilitad d'uffizis en il chantun Grischun (lescha d'incumpatibilitad) dals 3 da mars 1968 (DG 170.010)

Art. 1a

aboli

2. Lescha davart l'agid social public en il chantun Grischun (lescha davart l'agid social) dals 7 da december 1986 (DG 546.100)

Art. 9 lit. c

aboli

Art. 10 al. 2 lit. g

aboli

Art. 12

aboli

Art. 26

Referendum ed entrada en vigur

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

² La regenza metta en vigur questa lescha.

Ordinaziun davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun (OORA)

sa basond sin l'art. 49 da la constituziun chantunala e sin l'art. 24 da la lescha davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun

relaschada da la regenza ils ...

I. Regenza

Art. 1

Las sesidas han lieu per regla il mardi en la chasa grisch a Cuira.

Lieu e di
da las sesidas

Art. 2

La regenza fixescha l'entrada en uffizi per ina commembra u per in commember ch'è vegnida elegida u ch'è vegni elegi da nov tras in'elecziun complementara.

Entrada durant la
perioda d'uffizi

Art. 3

¹ Las propostas da prender in conclus ston vegnir inoltradas en scrit dals departaments a la chanzlia chantunala fin il pli tard dus lavurdis avant la sesida. Ellas ston vegnir redigidas en quella furma, en la quala ellas vengnan emessas da la regenza suenter avair preni il conclus.

Consegna dals
documents

² Propostas e rapports d'ina dimensiun u d'ina impurtanza pli gronda, en spezial sbozs da missivas al cussegl grond e sbozs d'ordinaziuns da la regenza, ston vegnir tramess il pli tard in'emna avant il di da la sesida en mintgamai in exemplar a las commembras ed als commembers da la regenza sco er a la chanceliera u al chancelier.

Art. 4

Sin basa da las annunzias dals departaments fa la chanzlia chantunala la glista da tractandas per la sesida da la regenza. Ella metta immediatamain a disposiziun la glista a las commembras ed als commembers da la regenza sco er a la chanceliera u al chancelier.

Glista da
tractandas

Art. 5

Las actas da sesida vegnan exponidas en la chasa grisch per prender invista. Propostas e documents centrals ston ultra da quai star a disposiziun en furma electronica.

Exposiziun
da las actas

Art. 6

Suspender ina fatschenta; revegnir

¹ La tractativa d'ina fatschenta vegn suspendida, sche:

- a) la commembra u il commember da la regenza ch'è cumpetenta respectivamain cumpetent per la fatschenta pretenda quai;
- b) la maioritad da las commembras u dals commembers da la regenza concluda quai en cas d'in ulteriur basegn da scleriment u per auters motifs impurtants.

² La regenza po revegnir ad in conclus, sche quel n'è anc betg vegni consegnà e sche la maioritad da las commembras e dals commembers da la regenza approvescha la proposta da revegnir.

Art. 7

Protocol

¹ Il protocol cuntegna la reproducziun dals conclus da la regenza.

² En il protocol na dastgan vegnir fatgs nagins renviaments a la relaziun da las vuschs.

³ Mintga commembra u commember da la regenza ha il dretg da laschar protocollar ses puntg da vista che divergescha da la maioritad.

Art. 8

Emissiun e
suttascripziun

¹ Ils conclus vegnan redigids da la chanzlia chantunala.

² L'exemplar dal conclus ch'è destinà per il protocol vegn bullà e suttascrit a maun da la presidenta u dal president da la regenza e da la chanceliera u dal chancelier.

³ Per la reproducziun electronica u mecanica dal conclus po la suttascripziun succeder cun in model electronic u cun in bul da facsimile, sche la suttascripziun a maun n'è betg prescritta stringentamain.

II. Administraziun chantunala

Art. 9

Structuraziun e
denominaziun

L'administraziun chantunala è structurada sco suonda:

- a) departament d'economia publica e fatgs socials;
- b) departament da giustia, segirezza e sanadad;
- c) departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient;
- d) departament da finanzas e vischnancas;
- e) departament da construcziun, traffic e selvicultura;
- f) chanzlia chantunala sco post da stab.

Art. 10

Ils champs d'incumbensa dals singuls departaments e da la chanzlia chantunala vegnan fixads da la regenza en l'agiunta tar questa ordinaziun.

Champs d'incumbensa dals departaments e da la chanzlia chantunala

Art. 11

La structuraziun organisatorica dals departaments en uffizis ed en unitads d'organisaziun equivalentas sco er da la chanzlia chantunala vegn fixada da la regenza en l'agiunta tar questa ordinaziun. L'ulteriura organisaziun vegn fixada da la scheffa u dal schef dal departament respectivamain da la chanceliera u dal chancelier.

Structuraziun organisatorica dals departaments e da la chanzlia chantunala

Art. 12

¹ Las scheffas ed ils schefs dals departaments èn autorisadas ed autorisads da suttascriver per il champ d'incumbensa d'in departament.

Autorisaziun da suttascriver
1. en ils departaments

² Per tscherts secturs specifics pon ellas ed els fixar ulteriuras autorisaziuns da suttascriver.

³ Disposiziuns e decisiuns da recurs dal departament suttascriva – en cas d'impediment da la scheffa u dal schef – la commembra da la regenza substituta u il commember da la regenza substitut ubain, sche quella u quel è medemamain impedida u impedi, in'otra commembra u in auter commember da la regenza.

Art. 13

¹ Las manadras ed ils manaders èn autorisadas ed autorisads da suttascriver per il champ d'incumbensa d'in uffizi u d'ina unitad d'organisaziun equivalenta.

2. en ils uffizis

² Per tscherts secturs specifics pon ellas ed els fixar ulteriuras autorisaziuns da suttascriver.

Art. 14

¹ La delegaziun da l'autorisaziun da suttascriver sto succeder en furma d'ina circumscripziun generala.

3. furma da la delegaziun da la suttascripziun, publicitad

² Sin dumonda sto vegnir dà invista a personas externas dals princips da la delegaziun da la suttascripziun.

Art. 15

¹ Disposiziuns singulas e decisiuns da recurs ston per regla vegnir suttascriittas a maun.

Furmas da suttascripziun
1. disposiziuns singulas e decisiuns da recurs

² En cas spezials, cunzunt sch'igl è urgent areguard il temp u sch'i vegnan relaschadas disposiziuns singulas en in dumber pli grond, po la suttascripziun succeder cun in bul da facsimile u cun in model electronic.

Art. 16

2. disposiziuns
en massa

Disposiziuns che vegnan relaschadas en in grond dumber sin via electronica u mecanica pon vegnir suttascrittas cun in bul da facsimile u cun in model electronic ubain na ston avair nagina suttascripziun.

III. Disposiziuns finalas

Art. 17

Aboliziun dal
dretg vertent

Ils suandants relaschs vegnan abolids:

- a) conclus davart l'assegnaziun da secturs specifics als departaments dals 15 da december 1986;
- b) ordinaziun davart l'autorisaziun da suttascriver disposiziuns e decisiuns da recurs en ils departaments ed uffizis dals 31 da schaner 1995.

Art. 18

Midada dal dretg
vertent

Las ordinaziuns qua sutvart vegnan midadas sco suonda:

1. Disposiziuns executivas tar la lescha d'agid per persunas toxicomanas dals 2 da settember 1997 (DG 500.810)

Art. 1

Cumpetenzas
departamentalas
1. **departament
d'economia pu-
blica e fatgs so-
cials**

Il **departament d'economia publica e fatgs socials** exequescha la lescha, uschenavant che ni il dretg federal ni il dretg chantunal na prevesa insatge auter.

2. Disposiziuns executivas tar la lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun dals 11 da november 2003 (DG 548.310)

Art. 2

Il departament cumpetent è il **departament d'economia publica e fatgs socials**.

3. Disposiziuns executivas tar la lescha davart l'agid en cas da catastrofas dals 12 da december 2000 (DG 630.120)

Art. 2

L'**uffizi da militar e da protecziun civila** sto surpigliar tut las incumbensas e prender tut las decisiuns, per las qualas nagina altra instanza n'è cumpetenta tenor il dretg federal u chantunal.

Art. 19

Questa ordinaziun entra en vigur ensemen cun lescha davart l'organisaziun Entrada en vigur
da la regenza e da l'administraziun.

Champs d'incumbensa e structuraziun dals departaments

I. Champs d'incumbensa dals departaments e da la chanzlia chantunala

A. Departament d'economia publica e fatgs socials

1. Economia publica
 - a) register da commerzi e register funsil
 - b) agricultura
 - cussegliaziun da manaschis
 - meglieraziuns da structura e mesiraziuns
 - segirezza da victualias e sanadad d'animals
 - Plantahof (center da furnaziun e cussegliaziun agricula)
 - c) industria, mastergn e lavur
 - surveglianza da l'industria, dal mastergn e da la lavur
 - provediment economic dal pajais
 - procuraziun da lavur
 - assicuranza cunter la dischoccupaziun
 - controlla dals pretschs e protecziun da las consumentas e dals consuments
 - d) turissem
 - mesiras da promoziun
 - hotellaria e restauraziun
 - fatgs da sport da naiv sco er da guidas e da guids da muntogna
 - pendicularas e runals
 - e) promoziun da l'economia
 - mesiras da promoziun
 - concepts da svilup
 - marketing dal lieu
 - f) politica regiunala
 - mesiras da promoziun
 - statistica
 - g) svilup dal territori
 - politica chantunala da la planificaziun dal territori
 - planisaziuns directivas e planisaziuns d'utilisaziun
 - surveglianza dals fatgs communal da construcziun e da planisaziun

- construir ordaifer las zonas da construcziun
- h) construcziun d'abitaziuns e fatgs da locaziun
- i) dumondas da l'Europa
- j) commerzi mundial

2. Fatgs socials

- a) agid social
 - agid personal
 - agid material
 - uffants da tgira
 - surveglianza da las chasas d'uffants
 - integraziun da persunas creschidas cun impediments
 - dumondas da famiglia
 - agid a victimas e protecziun dals uffants
- b) assicuranzas socialas
 - cassa da cumpensaziun da la AVS
 - uffizi da la AI
 - cassa da cumpensaziun per famiglias

B. Departament da giustia, segirezza e sanadad

1. Giustia

- a) giustia
 - fatgs giudizials
 - inquisiziun e persecuziun penala
 - dumondas generalas da la constituziun
- b) dretg penal ed execuziun da chastis
 - dretg penal general
 - execuziun da chastis e da mesiras
- c) dretg da burgais e dretg civil
 - naturalisaziuns
 - stadi civil
- d) fatgs d'advocatas e d'advocats e fatgs da notariat

2. Segirezza

- a) polizia chantunala
 - incumbensas generalas da la polizia
 - polizia da traffic
 - polizia criminala
 - polizia da segirezza
- b) dretg da persunas estras
 - polizia da persunas estras
 - fatgs d'asil
- c) passaports e patentas
- d) polizia da gieus e lottarias

- e) bullaziun e metrologia
 - f) traffic sin via
 - taglias per vehichels
 - examinaziuns da manischnzas e da manischnzs ed accep-
taziun da vehichels
 - permissiuns spezialas
 - chastis e mesiras
 - g) navigaziun
 - h) assicuranza d'edifizis
 - assicuranza d'edifizis
 - donns elementars
 - i) polizia da fieu
 - prevenziun d'incendis
 - cumbat cunter il fieu
 - j) militar
 - commando cirquital
 - k) protecziun civila
 - edifizis
 - scolaziun
 - l) cooperaziun chantunala da segirezza
 - organisaziun directiva chantunala per cas da catastrofa
 - stab directiv chantunal
 - stabs directivs communal
3. Sanadad
- a) chasas da personas attempadas e da tgira
 - contribuziuns
 - planisaziun
 - b) fatgs da sepultura
 - c) narcotics
 - d) promoziun da la sanadad e prevenziun
 - e) polizia da sanadad
 - surveglianza
 - permissiuns
 - f) protecziun da la sanadad
 - g) medicaments
 - h) assicuranza da personas malsaunas
 - reducziun da las premias
 - obligatori d'assicuranza
 - tariffas
 - i) clinicas psichiatricas
 - contribuziuns
 - planisaziun
 - j) clinicas da rehabilitaziun
 - contribuziuns

- planisaziun
- k) servetsch da salvament
- l) servetsch medicinal da scola
- m) tgira da dents per scolaras e per scolars
- n) ospitals
 - contribuziuns
 - planisaziun
- o) spitex

C. Departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient

1. Educaziun
 - a) scola populara, scolina e scolaziun speziala
 - b) scolas medias e furmaziun terziara
 - c) furmaziun professionala e cussegliaziun professionala
 - d) sport e promoziun dal sport
2. Cultura
 - a) cultura e promoziun da la lingua
 - b) archeologia e tgira da monuments
 - c) archiv dal stadi e biblioteca chantunala
 - d) museums chantunals
3. Protecziun da l'ambient
 - a) natira e cuntrada
 - b) ecologia
 - c) aua ed aua persa
 - d) rument e gera
 - e) aria, canera e radiaziun

D. Departament da finanzas e vischnancas

1. Finanzas
 - a) politica da finanzas
 - b) controlla da finanzas
 - c) administraziun da finanzas
 - finanzas e contabilitad
 - tresoraria
 - surveglianza da fundaziuns
 - d) persunal ed organisaziun
 - manaschament dal persunal
 - dumondas d'organisaziun
 - e) cassa da pensiun
 - f) taglias

- execuziun da la lescha chantunala da taglia
 - execuziun da la taglia federala directa
 - legislaziun (taglias generalas)
 - taglias communalas
- g) informatica
- h) stimaziuns
2. Vischnancas
- surveglianza da las vischnancas
 - gulivaziun da finanzas intercomunala

E. Departament da construcziun, traffic e selvicultura

1. Construcziun
- a) construcziun e mantegniment da las vias
- projectaziun
 - mantegniment da las vias
 - direcziun superioriura da construcziun
 - acquist da terren ed administraziun
- b) dustanzas da flums e d'auals
- c) construcziun auta
- projects da construcziun
 - administraziun d'immobiglias
2. Aua ed energia
- a) utilisaziun da la forza idraulica
- b) utilisaziun d'energia e cussegliaziun davart l'energia
- c) provediment d'energia
3. Traffic
- a) politica da traffic coordinada
- b) traffic public
- viafiers
 - manaschis d'auto da posta e da bus
- c) traffic betg motorisà
- d) aviatica
4. Gnaud
- a) cultivaziun dal gnaud
- b) chadaina da laina
- c) mantegniment dal gnaud
- d) protecziun cunter privels da la natira

5. Chatscha e pestga
 - a) surveglianza da la chatscha
 - b) planisaziun da la chatscha
 - c) tgira da la selvaschina
 - d) surveglianza da la pestga
 - e) regulaziun da la pestga

F. Chanzlia chantunala

1. Servetschs generals da stab per la regenza
2. Sustegn da la direenziun per la regenza
3. Servetsch d'infurmaziun per la regenza
4. Coordinaziun da las relaziuns externas
5. Coordinaziun dal "electronic government"
6. Dretgs politics
7. Servetsch da translaziuns per la regenza e per l'administraziun chantunala
8. Legislaziun formala
9. Protecziun da datas
10. Servetschs centrals (servetsch da posta, servetsch per stampats e per material, legalisaziuns)
11. Servetsch da protocol per occurrenzas da la regenza

II. Structuraziun dals departaments e da la chanzlia chantunala

A. Departament d'economia publica e fatgs socials

Il departament d'economia publica e fatgs socials è structurà sco suonda:

1. secretariat dal departament
2. inspecturat dal register funsil e register da commerzi
3. uffizi per industria, mastergn e lavur
4. uffizi per economia e turissem
5. uffizi per il svilup dal territori
6. center da furmaziun e cussegliaziun agricula Plantahof
7. uffizi per la segirezza da victualias e per la sanadad d'animals
8. uffizi d'agricultura, meglieraziun da structura e mesiraziun
9. uffizi dal servetsch social

Al departament d'economia publica e fatgs socials è attribui:

- l'institut d'assicuranza sociala

B. Departament da giustia, segirezza e sanadad

Il departament da giustia, segirezza e sanadad è structurà sco suonda:

1. secretariat dal departament
2. procura publica
3. uffizi per l'execuziun da chastis e da mesiras
4. polizia chantunala
5. uffizi da fatgs da polizia e da dretg civil
6. uffizi per il traffic sin via
7. uffizi da militar e da protecziun civila
8. uffizi da sanadad

Al departament da giustia, segirezza e sanadad èn attribuids:

1. ils servetschs psichiatrics dal Grischun
2. l'institut d'assicuranza d'edifizis

C. Departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient

Il departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient è structurà sco suonda:

1. servetschs dal departament (incl. post da stab per l'egualitad da las schanzas)
2. uffizi per la scola populara ed il sport
3. uffizi per la furmaziun professiunala
4. uffizi per la furmaziun media-superiura
5. uffizi da cultura
6. uffizi per la natira e l'ambient

Al departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient èn attribuids:

1. il center da furmaziun per la sanadad ed ils fatgs socials
2. la scola auta da pedagogia
3. la scola auta da tecnica ed economia a Cuira

D. Departament da finanzas e vischnancas

Il departament da finanzas e vischnancas è structurà sco suonda:

1. secretariat dal departament
2. administraziun da finanzas
3. controlla da finanzas
4. administraziun da taglia
5. uffizi d'informatica
6. uffizi da persunal e d'organisaziun

7. inspecturat da vischnancas
8. uffizi da stimaziun

Al departament da finanzas e vischnancas è attribuida:

- la cassa da pensiun chantunala

E. Departament da construcziun, traffic e selvicultura

Il departament da construcziun, traffic e selvicultura è structurà sco suonda:

1. secretariat dal departament
2. uffizi da construcziun bassa
3. uffizi da construcziun auta
4. uffizi d'energia
5. uffizi forestal
6. uffizi da chatscha e pestga

Al departament da construcziun, traffic e selvicultura è attribui:

- il center da furnaziun per il guaud a Maiavilla

F. Chanzlia chantunala

La chanzlia chantunala è structurada sco suonda:

1. sustegn da la direcziun
2. servetschs generals
3. secretariat da la regenza
4. secretariat dal cussegl grond

A la chanzlia chantunala è attribui:

- il post da surveglianza da la protecziun da datas

Ordinaziun davart l'aboliziun e l'adattaziun da relaschs dal cussegl grond en connex cun la reorganizaziun da l'administraziun chantunala

dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala, suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 7 da mars 2006,

concluda:

Art. 1

Las ordinaziuns dal cussegl grond qua sutvart vegnan abolidas:

Relaschs che ston
vegnir abolids

1. Urden da gestiun per la regenza dal chantun Grischun dals 26 da favrer 1972 (DG 170.320)
2. Ordinaziun davart l'uffizi da polizia dals 26 da november 1964 (DG 610.100)

Art. 2

Las ordinaziuns dal cussegl grond qua sutvart vegnan adattadas sco suonda:

Relaschs che ston
vegnir adattads

1. Ordinaziun davart il pajament anticipà da contribuziuns al mantegniment per uffants cun dretg da mantegniment dals 31 da matg 1986 (DG 215.050)

Art. 12

Il **departament d'economia publica e fatgs socials** relascha directivas e cusseglia las vischnancas tar l'execuziun da questa ordinaziun.

2. Ordinaziun executiva tar la lescha federala davart l'agid a victimas da delicts dal 1. d'october 1993 (DG 549.100)

Art. 7 al. 2

aboli

3. Ordinaziun executiva tar la legislaziun federala davart ils esters ed ils fatgs d'asil dals 9 d'october 1996 (DG 618.100)

Art. 6

aboli

Art. 10 al. 5

aboli

Art. 3

Entrada en vigur

Questa ordinaziun entra en vigur ensemen cun lescha davart l'organisaziun da la regenza e da l'administraziun.

Legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (LCOGA)

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 7 marzo 2006,

decide:

I. Governo

1. FUNZIONE E COMPITI

Art. 1

¹ Fatte salve le competenze del Gran Consiglio, il Governo è l'autorità direttiva ed esecutiva suprema del Cantone. Funzione

² Ogni consigliere di Stato è direttore di un Dipartimento dell'Amministrazione cantonale e come tale sottostà al Governo quale autorità complessiva.

Art. 2

I compiti del Governo si conformano in particolare all'articolo 42 e segg. della Costituzione cantonale e alle disposizioni contenute nella rimanente legislazione. Compiti

Art. 3

Le funzioni di consigliere di Stato sono incompatibili con cariche in comuni, circoli e distretti, nonché con cariche in corporazioni regionali. Per il resto si applicano le disposizioni sull'incompatibilità secondo l'articolo 22 della Costituzione cantonale. Incompatibilità

Art. 4

Parenti e affini fino al quarto grado, coniugi, partner registrati, nonché persone con cui esiste un vincolo per convivenza di fatto non possono far parte contemporaneamente del Governo. Questi motivi di esclusione valgono anche per il cancelliere. Esclusione

Art. 5

Segreto d'ufficio

¹ I consiglieri di Stato sono tenuti a serbare il silenzio sugli affari ufficiali che per loro natura o in virtù di una norma speciale sono segreti. Il segreto d'ufficio deve essere serbato anche dopo l'abbandono della carica.

² Il Governo può autorizzare un consigliere di Stato ad esprimersi in una procedura civile, penale o amministrativa su oggetti del suo segreto d'ufficio o a consegnare atti.

Art. 6

Divieto di accettare regali

¹ I consiglieri di Stato non sono in linea di principio autorizzati ad accettare regali o a beneficiare di altri vantaggi nell'esercizio delle loro funzioni d'ufficio.

² Fanno eccezione i regali usuali nella situazione concreta e di scarso valore.

2. ORGANIZZAZIONE E PROCEDURA**Art. 7**

Convocazione

¹ Il Governo si riunisce ogniqualvolta gli affari lo richiedano. La seduta si tiene di regola una volta la settimana.

² Ogni consigliere di Stato può in qualsiasi momento chiedere la convocazione di una seduta.

³ Le discussioni del Governo non sono pubbliche.

Art. 8

Partecipazione

¹ Alle sedute del Governo prendono parte i consiglieri di Stato e il cancelliere.

² Il cancelliere ha voto consultivo, mette a verbale le decisioni prese e provvede alla loro comunicazione. Egli ha diritto di proposta per gli affari della Cancelleria dello Stato. In caso di impedimento, il sostituto prende parte alle sedute.

³ Per la propria informazione, il Governo può fare capo a collaboratori o ad altre persone competenti.

Art. 9Deliberazione
1. In generale

¹ Il Governo delibera validamente se sono presenti almeno tre consiglieri di Stato aventi diritto di voto.

² Le votazioni e le elezioni sono aperte. Ogni consigliere di Stato avente diritto di voto è tenuto a votare.

³ Determinante è la maggioranza dei votanti.

⁴ In caso di parità di voti decide il presidente.

Art. 10

¹ In casi urgenti una decisione può essere presa mediante circolazione degli atti, se non è possibile tenere una seduta in tempo utile.

2. Circolazione degli atti

² Decisioni mediante circolazione degli atti necessitano dell'approvazione di almeno tre consiglieri di Stato.

Art. 11

¹ Un consigliere di Stato deve ricusarsi se

Ricusa

- a) egli stesso, il coniuge, il partner registrato, una persona con la quale vive in una convivenza di fatto o un suo parente o affine fino al quarto grado ha un interesse personale diretto ad una decisione del Governo;
- b) il Governo decide in merito a ricorsi contro decisioni dei propri Dipartimenti.

Per il resto, in ambito giudiziario la ricusa si conforma alle disposizioni della legge statutaria sui tribunali.

² Si può supporre un interesse personale diretto solo se dalla relativa decisione può risultare un vantaggio o uno svantaggio diretto per una delle persone menzionate al capoverso 1.

³ Questo ordinamento di ricusa viene applicato per analogia anche alle attività dei consiglieri di Stato in quanto direttori di un Dipartimento e del cancelliere.

⁴ In merito a questioni di ricusa decide il Governo escludendo l'interessato.

Art. 12

¹ Il presidente del Governo dirige l'attività del Governo. Egli gestisce la presidenza, provvede ad un disbrigo adeguato e tempestivo degli affari del Governo e vigila sulla collaborazione tra i Dipartimenti.

Presidente del Governo

² Il presidente rappresenta il Governo verso l'esterno, salvo che in singoli casi il Governo disponga altrimenti.

³ Se un affare è improrogabile, egli può emanare decisioni presidenziali in vece dell'autorità complessiva. Queste devono essere comunicate a posteriori e senza indugio al Governo.

Art. 13

¹ Il Governo può costituire dei comitati.

Comitati

² Questi preparano deliberazioni e decisioni del Governo o conducono in nome del Collegio governativo trattative con altre autorità oppure con privati.

Art. 14

Retribuzione e assicurazione

La retribuzione e l'assicurazione si conformano alla legislazione speciale.

II. Amministrazione cantonale**Art. 15**

Articolazione generale

¹ L'Amministrazione cantonale si articola in cinque Dipartimenti e nella Cancelleria dello Stato quale organo di coordinamento.

² Questi comprendono unità amministrative che sono ad essi subordinate o assegnate dal profilo amministrativo.

³ Compiti amministrativi vengono inoltre assunti, in conformità alle prescrizioni legali, da parte di enti esterni all'Amministrazione cantonale.

Art. 16

Subordinazione e attribuzione amministrative

¹ Qualora prescrizioni speciali lo richiedano, unità amministrative vengono eccezionalmente subordinate dal profilo amministrativo ad un Dipartimento o alla Cancelleria dello Stato. La subordinazione dal punto di vista delle funzioni specifiche si conforma alla regolamentazione relativa all'attribuzione.

² Responsabili di compiti con personalità giuridica propria vengono attribuiti dal profilo amministrativo ad un Dipartimento o alla Cancelleria dello Stato, salvo che una prescrizione speciale disponga altrimenti. Conformemente alle prescrizioni speciali essi sono autonomi nell'adempimento dei compiti.

Art. 17Dipartimenti
1. Attribuzione, supplenza

¹ Il Governo attribuisce ad ogni consigliere di Stato la direzione di un Dipartimento.

² Esso designa un sostituto per ogni Dipartimento.

³ L'attribuzione avviene all'inizio di ogni legislatura, dopo elezioni sostitutive o se circostanze particolari lo richiedono.

Art. 18

2. Denominazione, settori di competenza

¹ Il Governo denomina i Dipartimenti e attribuisce loro i settori di competenza.

² Nell'attribuzione bada in particolare allo svolgimento efficiente dei compiti e al peso politico equilibrato.

Art. 19

3. Competenze

¹ I Dipartimenti collaborano alla preparazione degli affari del Governo e adempiono ai compiti amministrativi assegnati loro per legge, ordinanza o decreto governativo.

² Essi dirigono e sorvegliano le unità amministrative loro subordinate.

Art. 20

Il Governo stabilisce nei tratti essenziali la struttura organizzativa dei Dipartimenti. 4. Organizzazione

Art. 21

¹ La Cancelleria dello Stato è lo stato maggiore con funzione di organo di coordinamento e di collegamento generale fra il Governo e l'Amministrazione e adempie ai compiti assegnatili per legge, ordinanza o decreto governativo. Cancelleria dello Stato quale organo di coordinamento

² Essa dirige e sorveglia le unità amministrative ad essa subordinate.

³ Essa viene diretta dal cancelliere che a sua volta è subordinato al presidente del Governo.

⁴ Il Governo stabilisce nei tratti essenziali la struttura organizzativa della Cancelleria dello Stato.

Art. 22

¹ Il Governo e i Dipartimenti possono delegare in generale o nel caso singolo alle unità amministrative subordinate compiti amministrativi assegnati loro per legge o ordinanza. Delega di compiti amministrativi

² La delega di competenze per l'emanazione di decisioni amministrative è ammessa soltanto se essa avviene tramite ordinanza. Sono inoltre fatte salve le competenze di cui si deve assolutamente tenere conto secondo la legislazione sulla giustizia amministrativa.

Art. 23

¹ I Dipartimenti e le altre unità amministrative sono tenuti a collaborare nell'esercizio delle loro attività. Collaborazione

² Per il disbrigo di affari importanti il Governo può istituire speciali gruppi di lavoro, commissioni, conferenze o organizzazioni di progetto dei quali possono far parte anche esperti esterni.

³ Qualora un affare interessi la sfera di competenza di più Dipartimenti, in caso di conflitto il Governo decide a chi assegnare la direzione.

III. Disposizioni finali

Art. 24

Il Governo emana le necessarie disposizioni esecutive, in particolare Esecuzione

- a) sull'andamento degli affari in Governo;
- b) sulla denominazione dei cinque Dipartimenti e sull'attribuzione dei settori di competenza;

- c) sulla struttura organizzativa dei Dipartimenti e della Cancelleria dello Stato nei tratti essenziali;
- d) sul diritto di firma del Governo, dei Dipartimenti e delle unità amministrative subordinate.

Art. 25

Modifica del
diritto previgente

Con l'entrata in vigore della presente legge i seguenti atti normativi vengono modificati come segue:

1. Legge sull'incompatibilità di funzionari ufficiali nel Cantone dei Grigioni (Legge sull'incompatibilità) del 3 marzo 1968 (CSC 170.010)

Art. 1a**Abrogato**

2. Legge sull'assistenza sociale pubblica nel Cantone dei Grigioni (Legge sull'assistenza sociale) del 7 dicembre 1986 (CSC 546.100)

Art. 9 lett. c**Abrogata****Art. 10 cpv. 2 lett. g****Abrogata****Art. 12****Abrogato****Art. 26**

Referendum ed
entrata in vigore

¹ La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

² Essa viene posta in vigore dal Governo.

Ordinanza sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione (OOGA)

emanate dal Governo il ...

visti l'art. 49 della Costituzione cantonale e l'art. 24 della legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione

I. Governo

Art. 1

Di regola le sedute si tengono il martedì nella Residenza governativa a Coira. Luogo e giorno di seduta

Art. 2

Il Governo fissa la data d'insediamento di un nuovo consigliere di Stato nominato in occasione di un'elezione sostitutiva. Insediamento durante il periodo di carica

Art. 3

¹ I Dipartimenti devono inoltrare per iscritto alla Cancelleria dello Stato le loro proposte di decreto al più tardi due giorni lavorativi prima della seduta. Esse devono essere redatte nella forma nella quale verranno compilate dopo la decisione del Governo. Invio delle proposte

² Le proposte e i rapporti voluminosi o di grande portata, specialmente i disegni di messaggi a destinazione del Gran Consiglio e i disegni di ordinanze governative, devono essere inoltrati almeno una settimana prima della seduta in singoli esemplari ai consiglieri di Stato e al cancelliere.

Art. 4

In base alle comunicazioni dei Dipartimenti, la Cancelleria dello Stato allestisce un ordine del giorno per ogni seduta del Governo. Essa mette l'ordine del giorno immediatamente a disposizione dei consiglieri di Stato e del cancelliere. Ordine del giorno

Art. 5

Gli atti delle sedute vengono esposti nella Residenza governativa per la presa in visione. Proposte e documenti chiave devono inoltre essere messi a disposizione in forma elettronica. Esposizione degli atti

Art. 6

Rinvio di un
affare, nuovo
dibattito

¹ Il dibattito relativo a un affare viene rinviato se:

- a) ciò viene richiesto dal consigliere di Stato competente per l'affare;
- b) in caso di necessità di ulteriori chiarimenti o per altri motivi importanti, se lo decide la maggioranza dei consiglieri di Stato.

² Il Governo può ritornare su un decreto, se esso non è ancora stato recapitato e se la maggioranza dei consiglieri di Stato accoglie la richiesta di nuovo dibattito.

Art. 7

Protocollo

¹ Nel protocollo sono riportati i decreti governativi.

² Nel protocollo non è permesso indicare il rapporto dei voti.

³ Ogni consigliere di Stato ha il diritto di far registrare a protocollo la sua opinione divergente da quella della maggioranza.

Art. 8

Compilazione e
firma

¹ I decreti vengono compilati dalla Cancelleria dello Stato.

² La compilazione dei decreti destinata al protocollo, una volta munita di timbro, viene firmata di proprio pugno dal presidente del Governo e dal cancelliere.

³ Per la riproduzione elettronica o meccanica della compilazione, la firma può essere apposta con un modello elettronico o un timbro fac-simile, se non è imperativamente prescritta la firma autografa.

II. Amministrazione cantonale

Art. 9

Articolazione e
denominazione

L'Amministrazione cantonale si articola come segue:

- a) Dipartimento dell'economia pubblica e socialità
- b) Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità
- c) Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente
- d) Dipartimento delle finanze e dei comuni
- e) Dipartimento costruzioni, trasporti e foreste
- f) Cancelleria dello Stato quale organo di coordinamento

Art. 10

Settori di
competenza dei
Dipartimenti e
della Cancelleria
dello Stato

I settori di competenza dei singoli Dipartimenti e della Cancelleria dello Stato vengono fissati dal Governo in appendice alla presente ordinanza.

Art. 11

La struttura organizzativa dei Dipartimenti in uffici e unità organizzative ad essi equiparate, nonché della Cancelleria dello Stato viene fissata dal Governo in appendice alla presente ordinanza. L'ulteriore organizzazione viene stabilita dal direttore del Dipartimento rispettivamente dal cancelliere.

Struttura organizzativa dei Dipartimenti e della Cancelleria dello Stato

Art. 12

¹ I direttori dei Dipartimenti hanno il diritto di firma per il settore di competenza di un Dipartimento.

Diritto di firma
1. Nei Dipartimenti

² Per determinati settori specifici essi possono stabilire ulteriori diritti di firma.

³ In caso di impedimento del direttore, le decisioni e le decisioni su ricorso del Dipartimento vengono firmate dal consigliere di Stato supplente o, se anch'esso è impedito, da un altro consigliere di Stato.

Art. 13

¹ I capi ufficio hanno diritto di firma per il settore di competenza di un ufficio o di un'unità organizzativa ad esso equiparata.

2. Negli uffici

² Per determinati settori specifici essi possono stabilire ulteriori diritti di firma.

Art. 14

¹ La delega del diritto di firma deve avvenire sotto forma di una descrizione generale.

3. Forma di delega della firma, presa in visione pubblica

² Su richiesta, agli esterni deve essere consentita la presa in visione dei documenti relativi alla delega di firma.

Art. 15

¹ Decisioni singole e decisioni su ricorso devono di regola recare una firma autografa.

Forme di firma
1. Decisioni singole e decisioni su ricorso

² In casi particolari, segnatamente in caso di urgenza o se decisioni singole vengono emanate in gran numero, la firma può essere apposta con timbro fac-simile o con modello elettronico.

Art. 16

Decisioni che vengono emanate in gran numero in via elettronica o meccanica, possono essere firmate con un timbro fac-simile o con un modello elettronico oppure non recare alcuna firma.

2. Decisioni collettive

III. Disposizioni finali

Art. 17

Abrogazione del diritto previgente

I seguenti atti normativi vengono abrogati:

- a) Decreto concernente l'assegnazione dei settori specifici ai dipartimenti del 15 dicembre 1986;
- b) Ordinanza sul diritto di firma per decisioni e decisioni su gravame nei Dipartimenti e negli uffici del 31 gennaio 1995.

Art. 18

Modifica del diritto previgente

Le seguenti ordinanze vengono modificate come segue:

1. Disposizioni di attuazione della legge sull'aiuto ai tossicodipendenti del 2 settembre 1997, CSC 500.810)

Art. 1

Competenze dipartimentali
1. Dipartimento dell'economia pubblica e socialità

Il Dipartimento **dell'economia pubblica e socialità** esegue la legge, per quanto né il diritto federale né il diritto cantonale non prevedano altrimenti.

2. Disposizioni esecutive della legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni dell'11 novembre 2003 (CSC 548.310)

Art. 2

Il Dipartimento competente è il Dipartimento **dell'economia pubblica e socialità**.

3. Disposizioni esecutive della legge sull'aiuto in caso di catastrofi del 12 dicembre 2000 (CSC 630.120)

Art. 2

L'Ufficio **del militare e della protezione civile** deve svolgere tutti i compiti e prendere le decisioni per le quali secondo il diritto federale o cantonale non è competente alcun'altra istanza.

Art. 19

Entrata in vigore

La presente ordinanza entra in vigore insieme alla legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione.

Settori di competenza e articolazione dei Dipartimenti

I. Settori di competenza dei Dipartimenti e della Cancelleria dello Stato

A. Dipartimento dell'economia pubblica e socialità

1. Economia pubblica
 - a) Registro di commercio e registro fondiario
 - b) Agricoltura
 - consulenza aziendale
 - miglioramento delle strutture e misurazioni
 - sicurezza delle derrate alimentari e salute degli animali
 - Plantahof (centro di formazione e consulenza agraria)
 - c) Industria, arti e mestieri e lavoro
 - vigilanza sull'industria, le arti e mestieri e il lavoro
 - approvvigionamento economico del Paese
 - occupazione
 - assicurazione contro la disoccupazione
 - controllo dei prezzi e protezione dei consumatori
 - d) Turismo
 - misure di promozione
 - esercizi pubblici e alberghi
 - sport sulla neve e guide di montagna
 - funivie e scilift
 - e) Incremento economico
 - misure di promozione
 - concetti di sviluppo
 - marketing regionale
 - f) Politica regionale
 - misure di promozione
 - statistica
 - g) Sviluppo del territorio
 - politica cantonale d'assetto del territorio
 - pianificazioni direttrici e delle utilizzazioni
 - vigilanza sulla costruzione e pianificazione comunali
 - costruire fuori dalle zone edificabili
 - h) Costruzione di abitazioni e locazione
 - i) Questioni europee
 - j) Commercio mondiale

2. Socialità
 - a) Assistenza sociale
 - aiuto personale
 - aiuto materiale
 - affiliazione
 - vigilanza sugli istituti per bambini
 - integrazione di adulti disabili
 - questioni familiari
 - aiuto alle vittime/protezione dell'infanzia
 - b) Assicurazioni sociali
 - Cassa di compensazione AVS
 - Ufficio AI
 - Cassa di compensazione per gli assegni familiari

B. Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità

1. Giustizia
 - a) Giustizia
 - affari giudiziari
 - Istruzione e azione penali
 - questioni costituzionali generali
 - b) Diritto ed esecuzione penali
 - diritto penale generale
 - esecuzione pene e misure
 - c) Diritto di cittadinanza e diritto civile
 - naturalizzazioni
 - stato civile
 - d) Avvocatura e notariato
2. Sicurezza
 - a) Polizia cantonale
 - compiti generali di polizia
 - polizia stradale
 - polizia criminale
 - polizia di pubblica sicurezza
 - b) Diritto degli stranieri
 - polizia degli stranieri
 - asilo
 - c) Passaporti e patenti
 - d) Polizia dei giochi e lotterie
 - e) Verificazioni e misurazioni
 - f) Circolazione stradale
 - imposte di circolazione
 - esami di guida e collaudo veicoli
 - autorizzazioni d'eccezione
 - pene e misure

- g) Navigazione
 - h) Assicurazione fabbricati
 - assicurazione fabbricati
 - danni della natura
 - i) Polizia del fuoco
 - prevenzione incendi
 - lotta antincendio
 - j) Militare
 - Comando di circondario
 - k) Protezione civile
 - costruzioni
 - formazione
 - l) Cooperazione cantonale per la sicurezza
 - organizzazione direttiva cantonale per i casi di catastrofe
 - Stato maggiore cantonale di direzione
 - Stati maggiori comunali di direzione
3. Sanità
- a) Case per anziani e di cura
 - sussidi
 - pianificazione
 - b) Sepolture
 - c) Stupefacenti
 - d) Promozione della salute e prevenzione
 - e) Polizia sanitaria
 - vigilanza
 - autorizzazioni
 - f) Tutela della salute
 - g) Medicamenti
 - h) Assicurazione malattia
 - riduzione dei premi
 - obbligo di assicurazione
 - tariffe
 - i) Cliniche psichiatriche
 - sussidi
 - pianificazione
 - j) Cliniche di riabilitazione
 - sussidi
 - pianificazione
 - k) Servizio di salvataggio
 - l) Servizio medico scolastico
 - m) Servizio dentario scolastico
 - n) Ospedali
 - sussidi
 - pianificazione
 - o) Spitex

C. Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente

1. Educazione
 - a) Scuola popolare, scuola dell'infanzia e scolarizzazione speciale
 - b) Scuole medie e formazione terziaria
 - c) Formazione professionale e orientamento professionale
 - d) Sport e promozione dello sport

2. Cultura
 - a) Cultura e promozione delle lingue
 - b) Archeologia e Servizio monumenti
 - c) Archivio di Stato e Biblioteca cantonale
 - d) Musei cantonali

3. Protezione dell'ambiente
 - a) Natura e paesaggio
 - b) Ecologia
 - c) Acque e acque di scarico
 - d) Rifiuti e ghiaia
 - e) Aria, rumore, radiazioni

D. Dipartimento delle finanze e dei comuni

1. Finanze
 - a) Politica finanziaria
 - b) Controllo delle finanze
 - c) Amministrazione delle finanze
 - finanze e contabilità
 - tesoreria
 - vigilanza sulle fondazioni
 - d) Personale e organizzazione
 - gestione del personale
 - questioni organizzative
 - e) Cassa pensioni
 - f) Imposte
 - esecuzione della legge cantonale sulle imposte
 - esecuzione dell'imposta federale diretta
 - legislazione (imposte generali)
 - imposte comunali
 - g) Informatica
 - h) Stime

2. Comuni
 - vigilanza sui comuni
 - congruaglio finanziario intercomunale

E. Dipartimento costruzioni, trasporti e foreste

1. Costruzioni
 - a) Costruzione e manutenzione strade
 - progettazione
 - manutenzione delle strade
 - direzione generale dei lavori
 - acquisto terreni e amministrazione
 - b) Arginature fiumi e torrenti
 - c) Edilizia
 - progetti di costruzione
 - gestione di immobili

2. Acqua ed energia
 - a) Sfruttamento della forza idrica
 - b) Sfruttamento dell'energia e consulenza energetica
 - c) Approvvigionamento energetico

3. Trasporti
 - a) Politica coordinata dei trasporti
 - b) Trasporti pubblici
 - ferrovie
 - autobus
 - c) Traffico non motorizzato
 - d) Traffico aereo

4. Bosco
 - a) Gestione forestale
 - b) Catena del legno
 - c) Conservazione del bosco
 - d) Protezione dai pericoli naturali

5. Caccia e pesca
 - a) Vigilanza sulla caccia
 - b) Pianificazione della caccia
 - c) Cura della selvaggina
 - d) Vigilanza sulla pesca
 - e) Gestione della pesca

F. Cancelleria dello Stato

1. Servizi generali di stato maggiore per il Governo
2. Sostegno al Governo nella direzione
3. Servizio d'informazione per il Governo
4. Coordinamento delle relazioni esterne

5. Coordinamento electronic government
6. Diritti politici
7. Servizio traduzioni per il Governo e l'Amministrazione cantonale
8. Legislazione formale
9. Protezione dei dati
10. Servizi centrali (servizio postale, servizio stampati e materiale, legalizzazioni)
11. Servizio protocollare per incontri del Governo

II. Articolazione dei Dipartimenti e della Cancelleria dello Stato

A. Dipartimento dell'economia pubblica e socialità

Il Dipartimento dell'economia pubblica e socialità si articola come segue:

1. Segretariato del Dipartimento
2. Ispettorato del registro fondiario e registro di commercio
3. Ufficio per l'industria, arti e mestieri e lavoro
4. Ufficio dell'economia e del turismo
5. Ufficio per lo sviluppo del territorio
6. Centro di formazione e consulenza agraria Plantahof
7. Ufficio per la sicurezza delle derrate alimentari e la salute degli animali
8. Ufficio per l'agricoltura, il miglioramento delle strutture e la misurazione
9. Ufficio del servizio sociale

Al Dipartimento dell'economia pubblica e socialità è attribuito:

- Istituto delle assicurazioni sociali

B. Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità

Il Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità si articola come segue:

1. Segretariato del Dipartimento
2. Procura pubblica
3. Ufficio per l'esecuzione delle pene e delle misure
4. Polizia cantonale
5. Ufficio per questioni di polizia e di diritto civile
6. Ufficio della circolazione
7. Ufficio del militare e della protezione civile
8. Ufficio dell'igiene pubblica

Al Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità sono attribuiti:

1. Servizi psichiatrici dei Grigioni

2. Assicurazione fabbricati

C. Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente

Il Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente si articola come segue:

1. Servizi dipartimentali (incl. Ufficio di coordinamento per le pari opportunità)
2. Ufficio per la scuola popolare e lo sport
3. Ufficio della formazione professionale
4. Ufficio della formazione medio-superiore
5. Ufficio della cultura
6. Ufficio per la natura e l'ambiente

Al Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente sono attribuiti:

1. Centro di formazione in campo sanitario e sociale
2. Alta scuola pedagogica
3. Scuola universitaria per la tecnica e l'economia di Coira

D. Dipartimento delle finanze e dei comuni

Il Dipartimento delle finanze e dei comuni si articola come segue:

1. Segretariato del Dipartimento
2. Amministrazione delle finanze
3. Controllo delle finanze
4. Amministrazione delle imposte
5. Ufficio d'informatica
6. Ufficio del personale e dell'organizzazione
7. Ispettorato dei comuni
8. Ufficio delle stime

Al Dipartimento delle finanze e dei comuni è attribuita:

- Cassa cantonale pensioni

E. Dipartimento costruzioni, trasporti e foreste

Il Dipartimento costruzioni, trasporti e foreste si articola come segue:

1. Segretariato del Dipartimento
2. Ufficio tecnico
3. Ufficio edile
4. Ufficio dell'energia
5. Ufficio forestale
6. Ufficio per la caccia e la pesca

Al Dipartimento costruzioni, trasporti e foreste è attribuito:

- Centro di formazione forestale Maienfeld

F. Cancelleria dello Stato

La Cancelleria dello Stato si articola come segue:

1. Sostegno alla direzione
2. Servizi generali
3. Segretariato del Governo
4. Segreteria del Gran Consiglio

Alla Cancelleria dello Stato è attribuito:

- Servizio di vigilanza sulla protezione dei dati

Ordinanza sull'abrogazione e sull'adeguamento di atti normativi del Gran Consiglio in relazione alla riorganizzazione dell'Amministrazione cantonale

del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale;
visto il messaggio del Governo del 7 marzo 2006,

decide:

Art. 1

Le seguenti ordinanze del Gran Consiglio vengono abrogate:

Atti normativi da
abrogare

1. Regolamento organico del Governo del Cantone dei Grigioni del 26 febbraio 1972 (CSC 170.320)
2. Ordinanza concernente l'Ufficio per questioni di polizia del 26 novembre 1964 (CSC 610.100)

Art. 2

Le seguenti ordinanze del Gran Consiglio vengono adeguate come segue:

Atti normativi da
adeguare

1. Ordinanza sull'anticipo di contributi per il mantenimento di figli aventi diritto al mantenimento del 31 maggio 1986 (CSC 215.050)

Art. 12

Il Dipartimento **dell'economica pubblica e socialità** emana direttive e offre consulenza ai comuni nell'esecuzione della presente ordinanza.

2. Ordinanza d'esecuzione della legge federale concernente l'aiuto alle vittime di reati del 1° ottobre 1993 (CSC 549.100)

Art. 7 cpv. 2

Abrogato

3. Ordinanza d'esecuzione della legislazione federale sugli stranieri e sull'asilo del 9 ottobre 1996 (CSC 618.100)

Art. 6

Abrogato

Art. 10 cpv. 5
Abrogato

Art. 3

Entrata in vigore La presente ordinanza entra in vigore insieme alla legge sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione.

Kantonale Verwaltung Graubünden Organigramm ab 1.1.2007

Standeskanzlei	Führungsunterstützung Allgemeine Dienste Sekretariat der Regierung Ratssekretariat	Departement für Volkswirtschaft und Soziales	Departementssekretariat Grundbuchinspektorat und Handelsregister Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit Amt für Wirtschaft und Tourismus Amt für Raumentwicklung Landw. Bildungs- und Beratungszentrum Planitahof Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit Amt für Landwirtschaft, Strukturverbesserungen und Vermessung Sozialamt (ohne Schutzaufsicht und Asylorganisation)	Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit	Departementssekretariat Staatsanwaltschaft Amt für Justizvollzug Kantonspolizei Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht Strassenverkehrsamt Amt für Militär und Zivilschutz Gesundheitsamt	Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutz-departement	Departementsdienste - inkl. Stabsstelle für Chancengleichheit Amt für Volksschule und Sport Amt für Berufsbildung Amt für Höhere Bildung - Mittelschulen - Tertiarbildung Amt für Kultur Amt für Natur u. Umwelt	Departement für Finanzen und Gemeinden	Departementssekretariat - Gemendaufsicht Finanzverwaltung Finanzkontrolle Steuerverwaltung Amt für Informatik Personal- und Organisationsamt Gemeindefinspektorat Amt für Schätzwesen	Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement	Departementssekretariat - Verkehrs- und Transportpolitik Tiefbauamt Hochbauamt Amt für Energie Amt für Wald Amt für Jagd und Fischerei	Datenschutzaufsichtsstelle	selbst. öffentlich-rechtliche Anstalt Sozialversicherungsanstalt	selbst. öffentlich-rechtliche Anstalt Psychiatrische Dienste GR Gebäudeversicherungsanstalt	selbst. öffentlich-rechtliche Anstalt Bildungszentrum Gesundheit u. Soziales Pädagogische Hochschule Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur	unselbst. öffentlich-rechtliche Anstalt Kantonale Pensionskasse	öffentlichrechtliche Stiftung Bildungszentrum für Wald Malenfeld
-----------------------	---	---	---	--	---	--	--	---	---	---	--	----------------------------	--	--	---	---	--

Geltendes Recht

Gesetz über die Unvereinbarkeit von Ämtern im Kanton Graubünden (Unvereinbarkeitsgesetz)

Vom Volke angenommen am 3. März 1968¹⁾

Art. 1a²⁾

Gemeinde-, Kreis- und Bezirksamter sowie die Mitgliedschaft im Grossen Rat sind mit dem Amte eines Regierungsrates unvereinbar. Im übrigen gelten die Unvereinbarkeitsbestimmungen der Kantonsverfassung.³⁾

Behörden
a) Regierung

¹⁾ B vom 9. Oktober 1967, 149; GRP 1967, 248; Vgl. dazu Art. 45 KV, BR 110.100

²⁾ Artikelnummerierung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 1

³⁾ Gemäss Art. 25 Abs. 3 KV, BR 110.100, dürfen Mitglieder der Regierung nicht der Bundesversammlung angehören

Geltendes Recht

Geschäftsordnung für die Regierung des Kantons Graubünden

Auf Grund von Art. 15 Abs. 3 und Art. 26 Abs. 3 der Kantonsverfassung¹⁾
vom Grossen Rat erlassen am 26. Februar 1972²⁾

I. Allgemeines

Art. 1

¹ Die Regierung führt im Rahmen von Verfassung und Gesetz die Regierungsgeschäfte und leitet die Verwaltung des Kantons. Aufgabe,
Amtssitz

² Sie besteht aus fünf Mitgliedern, den Regierungsräten, und hat ihren Amtssitz in Chur³⁾.

Art. 2

Jeder Regierungsrat ist Vorsteher eines Departementes der kantonalen Verwaltung und untersteht als solcher der Regierung als Gesamtbehörde. Departemental-
system

Art. 3

Der Regierung ist als Stabsorgan die Standeskanzlei unterstellt. ⁴⁾ Standeskanzlei

Art. 4

¹ Die Regierungsräte stehen im Vollamt. Vollamt,
Besoldung

² Besoldung und Versicherungsschutz richten sich nach den Beschlüssen und Verordnungen des Grossen Rates. ⁵⁾

¹⁾ BR 110.100

²⁾ B vom 6. Dezember 1971, 236; GRP 1971/72, 455 und 525

³⁾ Vgl. dazu Art. 25 Abs. 1 KV, BR 110.100

⁴⁾ Vgl. dazu Art. 21 und 22 hiernach

⁵⁾ Besoldung siehe BR 170.380; bezüglich Versicherungsschutz siehe GrV über die Ruhegehälter der früheren Mitglieder der Regierung, BR 170.390, mit RAB dazu BR 170.395, sowie GRV über die Sparversicherung und Ruhegehälter der Mitglieder der Regierung, BR 170.385

Art. 5Eintritt und
Austritt während
der Amtsdauer

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt, in dem ein Mitglied während laufender Amtsdauer wegen Verzichts oder aus anderen Gründen ausscheidet. Sie setzt den Amtsantritt für ein in einer Ersatzwahl neugewähltes Mitglied fest.¹⁾

Art. 6

Amtsgeheimnis

¹⁾ Die Regierungsräte sind in amtlichen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach oder gemäss besonderer Vorschrift geheim sind, zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das Amtsgeheimnis ist auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt zu wahren.

²⁾ Die Regierung kann ein Mitglied ermächtigen, in einem Zivil-, Straf- oder Verwaltungsverfahren über Gegenstände seines Amtsgeheimnisses auszusagen oder Akten herauszugeben.

Art. 7

Notstand

Wird das Land in Kriegshandlungen verwickelt oder ergibt sich aus anderen Gründen ein Notstand, so trifft die Regierung die erforderlichen Massnahmen für die Aufrechterhaltung der Tätigkeit von Regierung, Verwaltung und Rechtspflege.

II. Ausschlussgründe²⁾**Art. 8³⁾****Art. 9⁴⁾****Art. 10**

Verwandschaft

¹⁾ Blutsverwandte und Verschwägerte bis zum vierten Grad können nicht gleichzeitig Mitglieder der Regierung sein. Dieser Ausschlussgrund gilt auch für den Kanzleidirektor.

¹⁾ Bezüglich der Wahl der Regierung siehe Art. 25 Abs. 1 KV, BR 110.100, sowie Art. 16 und 19 des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte, BR 150.100

²⁾ Neuer Titel durch Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte vom 20. März 1988; BR 150.100, Art. 70 Abs. 2

³⁾ Aufhebung durch Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte vom 20. März 1988; BR 150.100, Art. 70 Abs. 2

⁴⁾ Aufhebung durch Revision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte vom 20. März 1988; BR 150.100, Art. 70 Abs. 2

² Werden im Ausschliessungsgrund Verwandte und Verschwägte gleichzeitig neu in die Regierung gewählt, so lässt diese durch das Los entscheiden, wer zum Verzicht verpflichtet ist.

³ Gegenüber einem bereits im Amte stehenden Mitglied hat ein in einer Ersatzwahl oder in einer Gesamterneuerungswahl neu gewähltes Mitglied zurückzutreten.

III. Geschäftsführung

Art. 11

¹ Der Regierungspräsident leitet die Tätigkeit der Regierung. Er führt den Vorsitz, sorgt für eine sach- und zeitgerechte Abwicklung der Regierungsgeschäfte und überwacht die Zusammenarbeit unter den Departementen.

² Der Präsident vertritt die Regierung nach aussen, soweit diese im Einzelfall nichts anderes bestimmt. Er kann, wenn ein Geschäft keinen Aufschub erträgt, an Stelle der Gesamtbehörde, welcher er in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben hat, Präsidialverfügungen treffen.

³ Ist der Präsident wegen Abwesenheit, Krankheit oder aus andern Gründen verhindert, so handelt für ihn der Vizepräsident oder, wenn auch dieser verhindert ist, jenes Mitglied der Regierung, das nach dem vom Grossen Rat beobachteten Turnus dem Amt eines Vizepräsidenten am nächsten steht.

Art. 12

Die Regierung tritt in der Regel einmal in der Woche zusammen. Ausserordentliche Sitzungen finden auf Einladung des Präsidenten statt, so oft es dieser als nötig erachtet oder zwei Mitglieder es verlangen.

Art. 13

¹ Die Regierung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Jedes Mitglied ist zur Teilnahme an den Sitzungen und an den Abstimmungen verpflichtet, wenn es nicht in den Ausstand zu treten hat¹⁾ oder wegen Krankheit, Abwesenheit oder aus andern wichtigen Gründen verhindert ist.

² Sind mehr als zwei Mitglieder im Ausstand oder verhindert, so ergänzt sich die Behörde durch Zuziehung des Standespräsidenten, des Standesvi-

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1980; B vom 15. September 1980, 260; GRP 1980/81, 427, 439; in Kraft getreten auf den 1. Januar 1981; mit der Revision von Art. 14 ist die Ausstandsordnung für den Grossen Rat und die Regierung vom 3. Juni 1881 aufgehoben worden.

zepräsidenten und nötigenfalls durch frühere Standespräsidenten, soweit sie noch Mitglieder des Grossen Rates sind.

Art. 14¹⁾

Ausstand

¹ Ein Regierungsrat hat in den Ausstand zu treten, wenn er selbst, sein Ehegatte oder einer seiner Verwandten und Verschwägerten bis zum vierten Grad an einem Beschluss der Regierung ein unmittelbares privates Interesse hat oder wenn die Regierung über Beschwerden gegen eigene Departementsverfügungen entscheidet.

² Ein unmittelbares privates Interesse ist nur anzunehmen, wenn sich aus dem betreffenden Beschluss für eine der in Absatz 1 genannten Personen ein direkter persönlicher Vor- oder Nachteil ergeben kann.

³ Diese Ausstandsordnung findet sinngemäss auch auf die Tätigkeiten der Regierungsräte als Departementsvorsteher und des Kanzleidirektors Anwendung.

⁴ Ausstandsfragen entscheidet die Regierung unter Ausschluss der Betroffenen.

Art. 15

Beschlussfassung
a) im allgemeinen

¹ Die Beschlüsse der Regierung werden, wenn nicht von einem Mitglied geheime Stimmabgabe verlangt wird, in offener Abstimmung mit einfachem Mehr gefasst. Bei Stimmgleichheit steht dem Präsidenten der Stichtscheid zu.

² Um auf einen gefassten Beschluss zurückzukommen, ist ein Mehr von mindestens drei Stimmen erforderlich.

Art. 16

b) Zirkulationsweg

Mit schriftlicher Zustimmung aller ortsanwesenden stimmberechtigten Mitglieder können Beschlüsse, die keinen Aufschub ertragen, auf dem Zirkulationsweg gefasst werden. Sind weniger als drei stimmberechtigte Mitglieder ortsanwesend, so kann auf Anordnung des Präsidenten ein solcher Beschluss mit mündlicher Zustimmung der abwesenden Mitglieder gefasst werden.

Art. 17

c) Wahlen

¹ Wahlen werden schriftlich und geheim vorgenommen, wenn mehr Vorschläge gemacht werden, als Wahlen zu treffen sind.

² Im ersten und zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr. Im dritten Wahlgang ist gewählt, wer am meisten Stimmen auf sich vereinigt hat; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 19. November 1980; siehe FN zu Art. 13

³ Gleiches gilt, wenn die Regierung ein Wahlvorschlagsrecht auszuüben hat.

Art. 18

Die Standeskanzlei erstellt auf Grund der Meldungen der Departemente Traktandenliste für jede Regierungssitzung die Traktandenliste.

Art. 19

¹ Beschlussesanträge sind von den Departementen in der Regel schriftlich einzubringen. Sie werden, zusammen mit den einschlägigen Akten, wenigstens zwei Tage vor dem Beginn der Sitzung für die Regierungsräte zur Einsichtnahme aufgelegt. Anträge, Aktenauflage

² Anträge und Berichte grösseren Umfanges oder grösserer Tragweite, insbesondere Entwürfe von Botschaften an den Grossen Rat und von Regierungsverordnungen, sind spätestens drei Tage vor dem Sitzungstag je in einer Ausfertigung den Regierungsräten und dem Kanzleidirektor zuzustellen.

Art. 20

¹ Der Kanzleidirektor oder der von der Regierung für den Verhinderungsfall bezeichnete Stellvertreter wohnt den Sitzungen bei und führt das Protokoll. Dieses enthält die Wiedergabe der Regierungsbeschlüsse. Das Stimmenverhältnis bei Abstimmungen darf darin nicht aufgenommen werden. Protokoll, Ausfertigung

² Jeder Regierungsrat hat das Recht, seine von der Mehrheit abweichende Meinung zu Protokoll zu geben.

³ Die gefassten Beschlüsse werden von der Standeskanzlei ausgefertigt. Die für das Protokoll bestimmte und als Vorlage für die mechanische Wiedergabe dienende Beschlussausfertigung wird gestempelt und vom Regierungspräsidenten und vom Kanzleidirektor oder ihren Stellvertretern handschriftlich unterzeichnet.

IV. Standeskanzlei

Art. 21

¹ Die Standeskanzlei besorgt für die Regierung die Sekretariatsgeschäfte und den Informationsdienst. Sie ist Übersetzungsstelle, gibt die Amtliche Gesetzessammlung heraus und steht dem Regierungspräsidenten für weitere Aufgaben zur Verfügung. Aufgaben

² Im übrigen obliegen ihr die Geschäfte, die ihr nach Gesetz, Verordnung und Regierungsbeschluss übertragen sind.

Art. 22

Organisation

¹ Die Standeskanzlei steht unter der Aufsicht des Regierungspräsidenten und, soweit sie die Sekretariatsgeschäfte des Grossen Rates führt, des Standespräsidenten.

² Sie wird vom Kanzleidirektor geleitet.

³ Die Regierung bestimmt das Nähere über die Organisation. ¹⁾

V. Departemente**Art. 23** ²⁾

Einteilung

Die kantonale Verwaltung gliedert sich in folgende Departemente:

1. Departement des Innern und der Volkswirtschaft
2. Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement
3. Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
4. Finanz- und Militärdepartement
5. Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement

Art. 24Departements-
verteilung

¹ Die Regierung verteilt vor Beginn jeder Amtsdauer die Departemente unter ihren Mitgliedern und bezeichnet für jedes Departement einen Stellvertreter.

² Bei Ersatzwahlen während der Amtsdauer entscheidet sie, ob das neugewählte Mitglied für den Rest der Amtsdauer das Departement des Vorgängers übernimmt oder ob eine Neuverteilung stattfindet.

Art. 25 ³⁾

Aufgabenbereich

Der Aufgabenbereich der Departemente umfasst:

1. DEPARTEMENT DES INNERN UND DER VOLKSWIRTSCHAFT

A. *Inneres*

- a) Gemeinden
- b) Grundbuch und Handelsregister

¹⁾ Reglement noch nicht erlassen

²⁾ Fassung gemäss GRB vom 28. November 1986; B vom 15. September 1986, 390; GRP 1986/87, 829

³⁾ Fassung gemäss GRB vom 28. November 1986; B vom 15. September 1986, 390; GRP 1986/87, 829

B. Volkswirtschaft

- a) Landwirtschaft
- b) Industrie, Gewerbe und Arbeit
- c) Fremdenverkehr
- d) Wirtschaftsförderung
- e) Raumplanung
- f) Wohnungsbau und Preiskontrolle

2. JUSTIZ-, POLIZEI- UND SANITÄTSDEPARTEMENT

A. Justiz

- a) Justiz
- b) Strafrecht, Strafverfolgung und -vollzug
- c) Bürger- und Zivilrecht

B. Polizei

- a) Kantonspolizei
- b) Fremdenpolizei
- c) Strassenverkehr
- d) Schifffahrt

C. Sanität

- a) Gesundheit
- b) Sozialhilfe

3. ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND
UMWELTSCHUTZDEPARTEMENT*A. Erziehung*

- a) Schulen und Kindergärten
- b) Berufliche Ausbildung
- c) Berufsberatung
- d) Behinderte
- e) Sportförderung

B. Kultur

- a) Kulturpflege
- b) Museen und Archive

C. Umweltschutz

- a) Immissionsschutz
- b) Gewässerschutz
- c) Landschaftsschutz

4. FINANZ- UND MILITÄRDEPARTEMENT

A. Finanzen

- a) Finanzkontrolle
- b) Finanzverwaltung
- c) Personal und Organisation
- d) Steuern
- e) Informatik
- f) Sozialversicherung
- g) 1) Gleichstellungsfragen für Frau und Mann

B. Militär

- a) Militär
- b) Zivilschutz
- c) Gesamtverteidigung

5. BAU-, VERKEHRS- UND FORSTDEPARTEMENT

A. Bau

- a) Strassenbau und -unterhalt
- b) Fluss- und Wildbachverbauung
- c) Hochbau
- d) Wasser- und Energiewirtschaft
- e) Schätzungen
- f) Gebäudeversicherung und Feuerpolizei

B. Verkehr

- a) Öffentlicher Verkehr
- b) Luftverkehr

C. Forst

- a) Forstdienst
- b) Jagd und Fischerei

¹⁾ Einschub gemäss Art. 18, Ziff. 1 GVV zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann; BR 538.200

Art. 26

¹ Soweit Gesetz und Verordnung nichts bestimmen, teilt die Regierung die einzelnen Sachgebiete den Departementen im Rahmen ihres Aufgabenbereiches zu¹⁾. Aus wichtigen Gründen, insbesondere zur Vereinfachung der Organisation, zur Vermeidung von Interessenkollisionen oder zur gleichmässigen Auslastung der Regierungsmitglieder, kann sie ausnahmsweise von Artikel 25 abweichen.

Zuteilung der
Sachgebiete und
Geschäfte

² Ist die Zuständigkeit für ein Geschäft zwischen den Departementen streitig, so entscheidet die Regierung.

Art. 27

¹ Den Departementen obliegt in ihrem Aufgabenbereich die Vorbereitung der Geschäfte zuhanden der Regierung oder, soweit sie gemäss Gesetz, Verordnung oder Regierungsbeschluss dazu ermächtigt sind, deren selbständige Erledigung.

Funktionelle
Zuständigkeit

² Die Regierung kann Befugnisse von untergeordneter Bedeutung, die ihr auf Grund einer Verordnung oder eines Beschlusses des Grossen Rates zustehen, auf die Departemente oder ihre Amtsstellen übertragen.²⁾

Art. 28

¹ Den Departementen unterstehen die ihnen zugeteilten Ämter, Abteilungen, Dienststellen und Anstalten.

Organisation

² Für die Leitung steht dem Vorsteher das Departementssekretariat zur Seite.

³ Die Regierung regelt die Organisation der Departementsleitung. Sie kann einem Departement für die Erfüllung bestimmter Aufgaben Kommissionen begeben oder Beauftragte oder Gutachter verpflichten.

Art. 29

¹ Die Regierung ordnet die Zusammenarbeit unter den Departementen. Sie kann, unter Bezeichnung des geschäftsführenden Departementes, Regierungsausschüsse von nicht mehr als drei Mitgliedern sowie interdepartementale Organisationen und Arbeitsgruppen einsetzen.

Zusammenarbeit

² Sie regelt den Verkehr der verwaltungsinternen Zentraldienste mit den Departementen und ihren Dienststellen.

¹⁾ BR 170.325

²⁾ Vgl. dazu Kompetenzübertragungen durch GrV vom 26. Mai 1970, AGS 1970, 213 (im BR in den einzelnen betroffenen Erlassen enthalten), RV vom 22. Dezember 1969, BR 170.340

VI. Vollstreckung

Art. 30¹⁾

Schuldbetreibung ¹ Die erforderlichen Vorkehren für die Vollstreckung eines Entscheides auf dem Wege der Schuldbetreibung trifft eine Dienststelle des Finanz- und Militärdepartementes.

² Über die Ersatzvornahme gegenüber Kreisämtern und Gemeindevorständen als Organen der Regierung bestimmt die Regierung.

Art. 31²⁾

Art. 32³⁾

Art. 33⁴⁾

VII. Schlussbestimmungen

Art. 34

Inkrafttreten Diese Verordnung tritt am 1. März 1972 in Kraft. Sie ersetzt die vom Grossen Rat am 19. Mai 1893 erlassene Geschäftsordnung für die Regierung⁵⁾ sowie die Grossratsbeschlüsse vom 24. Mai 1895 und vom 3. Dezember 1943 über die authentische Interpretation dieser Geschäftsordnung⁶⁾.

Art. 35

Änderung
bestehenden
Rechts

Artikel 4. Absatz 4 der Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Mai 1956, revidiert am 22. November 1968⁷⁾, erhält folgenden Wortlaut: «Die Standeskanzlei bedient die Abgeordneten, dringliche Fälle vorbehalten, wenigstens 14 Tage vor dem Zusammentritt des Grossen Rates mit den nötigen Unterlagen. Sie erstellt die Traktandenliste für die Session.»

¹⁾ Fassung gemäss Art. 1 Ziff. 1 der Verordnung über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an das VVG; AGS 1967, 358

²⁾ Aufhebung gemäss Art. 1 Ziff. 1 der Verordnung über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an das VVG; AGS 1967, 358

³⁾ Aufhebung gemäss Art. 1 Ziff. 1 der Verordnung über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an das VVG; AGS 1967, 358

⁴⁾ Aufhebung gemäss Art. 1 Ziff. 1 der Verordnung über die Anpassung grossrätlicher Erlasse an das VVG; AGS 1967, 358

⁵⁾ aRB 86

⁶⁾ aRB 100

⁷⁾ BR 170.140

Beschluss betreffend Zuweisung von Sachgebieten an die Departemente

Gestützt auf Art. 26 der Geschäftsordnung für die Regierung (GOR) ¹⁾

von der Regierung erlassen am 15. Dezember 1986

Art. 1

Den Departementen werden im Rahmen ihrer Aufgabenbereiche gemäss Zuweisung Artikel 25 GOR ²⁾ insbesondere folgende Sachgebiete zugewiesen:

I. Departement des Innern und der Volkswirtschaft

1. INNERES

a) *Gemeinden*

1. Gemeindeaufsicht
2. Interkommunaler Finanzausgleich

b) *Grundbuch und Handelsregister*

1. Grundbuch
2. Handels- und Güterrechtsregister

2. VOLKSWIRTSCHAFT

a) *Landwirtschaft*

1. Allgemeines
2. Betriebsberatung
3. Meliorationen und Vermessungen
4. Veterinärwesen
5. Plantahof

b) *Industrie, Gewerbe und Arbeit*

1. Aufsicht über Industrie, Gewerbe und Arbeit
-

¹⁾ BR 170.320

²⁾ BR 170.320

2. Arbeitsbeschaffung
 3. Arbeitslosenversicherung
- c) *Fremdenverkehr*
1. Förderungsmassnahmen
 2. Gastwirtschaftsgewerbe
 3. Skilehrer und Bergführer
 4. Luftseilbahnen und Skilifte
- d) *Wirtschaftsförderung*
1. Förderungsmassnahmen
 2. Entwicklungskonzepte
 3. Statistik
- e) *Raumplanung*
1. Planung
 2. Bauen ausserhalb der Bauzonen
- f) *Wohnungsbau und Preiskontrolle*
1. Wohnungsbau
 2. Mietwesen
 3. Preiskontrolle

II. **Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement**

1. JUSTIZ ¹⁾
- a) *Justiz*
1. Gerichtswesen
 2. Allgemeine Verfassungsfragen
- b) *Strafrecht, Strafverfolgung und -vollzug*
1. Strafuntersuchungen
 2. Straf- und Massnahmenvollzug
 3. Anstalten Sennhof und Realta
- c) *Bürger- und Zivilrecht*
1. Einbürgerungen

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 8. Oktober 1990

2. Vormundschaft
3. Zivilstand
4. ...¹⁾
5. Notariat

2. POLIZEI

a) *Kantonspolizei*

b) *Fremdenpolizei*

1. Bewilligungen für Ausländer
2. Pass- und Patentwesen

c) *Eichwesen*

d) *Strassenverkehr*

1. Fahrzeugsteuern
2. Führerprüfungen und Fahrzeugabnahmen
3. Sonderbewilligungen
4. Strafen und Massnahmen

e) *Schifffahrt*

3. SANITÄT

a) *Gesundheit*

1. Sanitätspolizei
2. Gesundheitsvorsorge
3. Krankheitsbekämpfung
4. Krankenversicherung
5. Spitäler
6. Psychiatrische Kliniken mit Gutsbetrieben
7. ...²⁾

¹⁾ Aufgehoben gemäss Verordnung über die Anpassung regierungsrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation und der Neuunterstellung des Amtes für Zivilrecht vom 1. Februar 2005; tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2005 in Kraft

²⁾ Aufgehoben gemäss Art. 23 Ziff. 1 der Verordnung zum Gesetz über Ausbildungsstätten im Gesundheits- und Sozialwesen, BR 432.010; tritt am 1. Dezember 2004 in Kraft

8. Alters- und Pflegeheime

b) Sozialhilfe¹⁾

1. Persönliche Hilfe
2. Unterstützungshilfe
3. Pflegekinderwesen
4. Betagtenwesen
5. Schutzaufsicht
6. Flüchtlingswesen
7. Integration behinderter Erwachsener
8. Familienfragen

III. Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement1. ERZIEHUNG²⁾*a) Schulen und Kindergärten*

1. Volksschule
2. Mittelschulen
3. Hochschulen
4. Kindergärten

*b) Berufliche Ausbildung**c) Berufsberatung**d) Behinderte Kinder und Jugendliche (Sonderschulung)**e) Sportförderung*

1. Schulturnen
2. Jugend und Sport
3. Sport-Toto-Beiträge

¹⁾ Fassung gemäss RB vom 15. November 1994

²⁾ Fassung gemäss RB vom 10. September 1991

2. KULTUR

a) *Kulturpflege*

1. Allgemeine Kulturförderung
2. Sprachförderung
3. Archäologischer Dienst
4. Denkmalpflege

b) *Museen und Archive*

1. Rätisches Museum
2. Naturmuseum
3. Kunstmuseum
4. Staatsarchiv
5. Kantonsbibliothek

3. UMWELTSCHUTZ

a) *Immissionsschutz*

1. Schutz vor Luftverunreinigungen
2. Schutz vor Lärm, Erschütterungen und Strahlen

b) *Gewässerschutz*

1. Gewässerschutzpolizei
2. Wasserversorgungen
3. Abfallbeseitigung

c) *Landschaftsschutz*

1. Landschaftspflege
2. Natur- und Pflanzenschutz

IV. Finanz- und Militärdepartement

1. FINANZEN

a) *Finanzpolitik*b) *Finanzkontrolle*c) *Finanzverwaltung*

1. Standesbuchhaltung
2. Vermögensanlagen
3. ¹⁾Stiftungsaufsicht

d) *Personal und Organisation*

1. Personaladministration
2. Organisationsfragen
3. Pensionskasse

e) *Steuern*

1. Rechtsdienst
2. Veranlagung
3. Rechnungsstellung
4. Einzug

f) *Informatik*g) *Sozialversicherung*

1. Ausgleichskasse
2. IV-Regionalstelle

2. MILITÄR

a) *Militär*

1. Kreiskommando

¹⁾ Einfügung gemäss Verordnung über die Anpassung regierungsrätlicher Erlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation und der Neuunterstellung des Amtes für Zivilrecht vom 1. Februar 2005; tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2005 in Kraft

2. Betrieb für Rekrutenausrüstung

b) *Zivilschutz*

1. Schutzorganisation
2. Bauten
3. Ausbildung

c) *Gesamtverteidigung*

1. Kantonale Leitungsorganisation für den Katastrophen- und Kriegsfall
2. Information und Ausbildung

V. Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement

1. BAU

a) *Strassenbau und -unterhalt*

1. Projektierung
2. Strassenerhaltung
3. Oberbauleitung
4. Landerwerb und Administration

b) *Fluss und Wildbachverbauung*

c) *Hochbau*

1. Hochbauten
2. Liegenschaftenverwaltung

d) *Wasser- und Energiewirtschaft*

e) *Schätzungen*

f) *Gebäudeversicherung und Feuerpolizei*

2. VERKEHR

a) *Öffentlicher Verkehr*

1. Eisenbahnen
2. Postauto- und Busbetriebe

b) *Luftverkehr*

3. FORST, JAGD UND FISCHEREI

a) *Forstdienst*

1. Ökologie und Forstschutz
2. Betriebsführung (Forstgärten, Staatswald)
3. Forsteinrichtung
4. Projekte und Bauwesen
5. Forstkreise und -reviere

b) *Jagd und Fischerei*

1. Jagdaufsicht
2. Wildhege
3. Fischereiaufsicht
4. Förderung der Fischerei

Art. 2

Inkrafttreten

¹ Dieser Beschluss tritt unter Vorbehalt der Absätze 2 und 3 am 1. Januar 1987 in Kraft.

² Die Zuweisung des Sachgebietes «Skilehrer und Bergführer» an das Departement des Innern und der Volkswirtschaft sowie des Sachgebietes «Sport-Toto-Beiträge» an das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement erfolgt auf den 1. Juli 1987.

³ Das Sachgebiet «Jagd und Fischerei» geht nach Abschluss der Revision des kantonalen Jagdgesetzes an das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement über.

Verordnung betreffend die Übertragung von Befugnissen der Regierung auf die Departemente

Von der Regierung erlassen am 22. Dezember 1969

Art. 1

¹ Folgende in Artikel 28 des Einführungsgesetzes vom 5. März 1944 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch ¹⁾ aufgezählten Geschäfte werden dem Justiz- und Polizeidepartement zur Erledigung zugewiesen:

- a) ... ²⁾
- b) Bewilligung von Namensänderungen gemäss Artikel 30 ZGB
- c) ... ³⁾
- d) Ermächtigung zur Kindesannahme gemäss Artikel 267 ZGB.

² ... ⁴⁾

Art. 2 ⁵⁾

Die Ausrichtung von Beiträgen aufgrund von Artikel 76 des Schulgesetzes ⁶⁾ steht dem Erziehungsdepartement zu.

Art. 3 ⁷⁾

Art. 4 ⁸⁾

Art. 5 ⁹⁾

Art. 6

¹ ¹⁾ Die Arbeitsvergebungen für vom Kanton mit Beiträgen unterstützte Werke von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Genossenschaften und dergleichen unterliegen der Genehmigung

¹⁾ ZGB siehe SR 210; EG zum ZGB siehe BR 210.100

²⁾ Aufgehoben gemäss RB vom 27. Oktober 1998

³⁾ Aufgehoben gemäss RB vom 27. Oktober 1998

⁴⁾ Aufgehoben gemäss RB vom 27. Oktober 1998

⁵⁾ Fassung gemäss AGS 1990, 2413

⁶⁾ BR 421.000

⁷⁾ Aufgehoben gemäss RB vom 27. Oktober 1998

⁸⁾ Aufgehoben gemäss Art. 54 lit. c RAB z FHG, BR 710.110

⁹⁾ Aufgehoben gemäss RB vom 27. Oktober 1998

- a) durch die Regierung, wenn die Vergebungssumme je Unternehmer mehr als 300 000 Franken beträgt;
- b) durch das zuständige Departement, wenn weder litera a noch litera c Anwendung finden;
- c) durch die zuständige Dienststelle, wenn die Vergebungssumme je Unternehmer weniger als 100 000 Franken beträgt.

² Übersteigt die Vergebungssumme je Unternehmer die Toleranzgrenze gemäss der jeweils geltenden «Weisung der Regierung für die Vergebung und die Subventionierung von Arbeiten durch den Kanton», unterliegt die Arbeitsvergebung in jedem Fall der Genehmigung durch die Regierung.

³ Ausgenommen von der Genehmigungspflicht sind Arbeitsvergebungen für die vom Kanton subventionierten Werke des Schul-, Sanitäts- und Forstwesens.

Art. 7⁴⁾

Das Finanz- und Militärdepartement ernennt die Zivilkommissäre gemäss Artikel 89 Absatz 3 des Bundesbeschlusses über die Verwaltung der Armee vom 30. März 1949.⁵⁾

Art. 8

¹ Diese Verordnung tritt mit Vorbehalt von Absatz 2 hiernach am 1. Januar 1970 in Kraft. Damit werden aufgehoben:

- a) der Beschluss der Regierung vom 21. April 1952 über die Kompetenzdelegation von der Regierung auf die Departemente;⁶⁾
- b) der Beschluss des Kleinen Rates vom 8. Juni 1965 betreffend Arbeitsvergebung bei subventionierten Werken.⁷⁾

² Die Änderung der Artikel 38 Absatz 2, Artikel 41, Artikel 64 Absätze 2 und 3 und Art. 76 Absatz 1 der Ausführungsbestimmungen zur Personalverordnung tritt erst mit der dafür erforderlichen Revision der Personalverordnung in Kraft.⁸⁾

¹⁾ Fassung gemäss Revision durch Art. 1 Ziff. 1 der Verordnung über die Entlastung der Regierung vom 12. März 1996; AGS 1996, 3567; auf den 1. April 1996 in Kraft getreten

²⁾ Fassung gemäss RB vom 21. März 1988

³⁾ Fassung gemäss RB vom 9. Dezember 1997

⁴⁾ Fassung gemäss Verordnung über die Entlastung der Regierung vom 12. März 1996; siehe FN zu Art. 6 Abs. 1

⁵⁾ SR 510.30

⁶⁾ aRB 100

⁷⁾ In der AGS nicht enthalten

⁸⁾ Personalverordnung siehe BR 170.400

Verordnung über die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen und Ämtern

Gestützt auf Art. 1 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Regierung des Kantons Graubünden vom 26. Februar 1972¹⁾

von der Regierung erlassen am 31. Januar 1995

Art. 1

Diese Verordnung regelt die Unterschriftsberechtigung für Verfügungen und Beschwerdeentscheide in den Departementen sowie in den Ämtern und diesen gleichgestellten Organisationseinheiten der kantonalen Verwaltung, soweit nicht durch spezielle Erlasse etwas anderes bestimmt ist.

Geltungsbereich

Art. 2

Die Departementsvorsteher unterzeichnen die vom Departement ausgehenden Verfügungen und Beschwerdeentscheide.

Unterschriftsberechtigung
1. In den Departementen
a. Grundsatz

Art. 3

Bei Verhinderung des Departementsvorstehers unterzeichnet sein Stellvertreter oder, wenn dieser ebenfalls verhindert ist, ein anderes Mitglied der Regierung.

b. Stellvertretung

Art. 4

Die Leiter der Ämter und gleichgestellter Organisationseinheiten regeln in ihrem Bereich die Unterschriftsberechtigung. Die ermächtigten Beamten unterzeichnen für das Amt.

2. In den Ämtern
a. Grundsatz, Delegation

Art. 5

Die Delegation der Unterschriftsberechtigung hat in Form einer generellen Umschreibung (Dienstordnung, Richtlinie, Pflichtenheft) zu erfolgen.

b. Form der Unterschriftsdelegation

Art. 6

Auf Verlangen ist Aussenstehenden Einsicht in die Grundlagen der Unterschriftsdelegation zu geben.

c. Öffentlichkeit

¹⁾ BR 170.320

Art. 7

Unterzeichnungs-
formen
1. Bei Einzelver-
fügungen und
Beschwerde-
entscheiden

¹ Einzelverfügungen und Beschwerdeentscheide sind in der Regel eigenhändig zu unterzeichnen.

² In ausserordentlichen Fällen, insbesondere bei zeitlicher Dringlichkeit, kann die Unterzeichnung von Verfügungen mit Faksimile-Stempel erfolgen.

Art. 8

2. Bei
Massenver-
fügungen

Verfügungen, die in grosser Zahl auf elektronischem oder mechanischem Wege erlassen werden, können mit Faksimile-Stempel unterzeichnet werden oder keine Unterschrift tragen.

Art. 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt auf den 1. März 1995 in Kraft.

Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für unterhaltsberechtigte Kinder¹⁾

Gestützt auf Art. 293 Abs. 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB)²⁾ und Art. 51b³⁾ des kantonalen Einführungsgesetzes zum ZGB⁴⁾

vom Grossen Rat erlassen am 31. Mai 1986⁵⁾

Art. 12⁶⁾

Das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement erlässt Weisungen und berät Beratung die Gemeinden beim Vollzug dieser Verordnung.

¹⁾ Fassung gemäss GRB vom 29. November 1995; B vom 22 August 1993, 269; GRP 1995/96, 399, 488

²⁾ SR 210

³⁾ Nunmehr Art. 40

⁴⁾ BR 210.100

⁵⁾ B vom 17. Februar 1986, 88; GRP 1986/87, 98

⁶⁾ Fassung gemäss GRB vom 3. März 1994; B vom 1. Juni 1993, 198; GRP 1993/94, 325 und 883

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (VVzOHG)

Gestützt auf Art. 15 Abs. 3 der Kantonsverfassung¹⁾

vom Grossen Rat erlassen am 1. Oktober 1993²⁾

Art. 7

¹ Wird eine Entschädigung oder Genugtuung geleistet, macht das Amt die Ansprüche des Kantons gegenüber dem Täter geltend.

Ansprüche
gegenüber dem
Täter

² Wird dadurch die Wiedereingliederung des Täters gefährdet, kann das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement den Verzicht auf die Geltendmachung erklären.

¹⁾ BR 110.100

²⁾ B vom 11. Mai 1993, 145; GRP 1993/94, 388

Verordnung über das Amt für Polizeiwesen¹⁾

Gestützt auf Art. 15 Abs. 4 der Kantonsverfassung²⁾

vom Grossen Rat erlassen am 26. November 1964³⁾

Art. 1⁴⁾

¹ Das kantonale Amt für Polizeiwesen (Amt) ist dem Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement unterstellt. Organisation

² Ihm unterstehen auch die Eichmeister und die Spielkontrolleure.

Art. 2⁵⁾

Das Amt ist zuständig für die Fremdenpolizei, das Pass- und Patentwesen, die Spielpolizei, das Mess- und Gewichtswesen und andere Aufgaben, die ihm durch Gesetz, Verordnung oder Weisung übertragen werden. Aufgaben

Art. 3⁶⁾

Art. 4⁷⁾

Art. 5

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1965 in Kraft. Die Verordnung über die Organisation des Polizeiwesens vom 26. November 1946⁸⁾ wird aufgehoben. Inkrafttreten

¹⁾ Fassung gemäss Art. 20 GVV zum Bundesgesetz über das Messwesen; BR 935.300

²⁾ BR 110.100

³⁾ B vom 5. Oktober 1964, 363; GRP 1964, 531

⁴⁾ Fassung gemäss Art. 40 GVV zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes; AGS 1996, 3728

⁵⁾ Fassung gemäss Art. 20 GVV zum Bundesgesetz über das Messwesen; BR 935.300

⁶⁾ Aufhebung gemäss Art. 40 GVV zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes; AGS 1996, 3728

⁷⁾ Aufhebung gemäss Art. 20 GVV zum Bundesgesetz über das Messwesen; BR 935.300

⁸⁾ aRB 591

Vollziehungsverordnung zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (GVVzAAG)

Vom Grossen Rat erlassen am 9. Oktober 1996¹⁾

I. Organisation und Zuständigkeiten

Art. 6

Das kantonale Sozialamt ist zuständig für die Betreuung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und Schutzbedürftigen, sofern diese nicht den Gemeinden zur Aufnahme zugewiesen wurden.

Kantonales
Sozialamt

II. Meldepflicht und Bewilligungsverfahren

Art. 10

¹ Ausländer haben sich gemäss Artikel 2 Absatz 1 ANAG²⁾ innert der vorgeschriebenen Frist bei der Ortspolizei des Wohnortes anzumelden. Der Ortswechsel sowie der Wohnungswechsel innerhalb der Gemeinde ist unter Vorbehalt strengerer Gemeindevorschriften innert acht Tagen zu melden.

Anmeldepflichtige
Ausländer

² Ausländer, die eine Grenzgängerbewilligung erhalten haben, sind vom Arbeitgeber am Sitz der Unternehmung innert acht Tagen bei der Ortspolizei anzumelden.

³ Strengere Anmeldevorschriften des Bundes bleiben vorbehalten.

⁴ Bei der Anmeldung ist der Reisepass vorzulegen. Die Fremdenpolizei kann die Hinterlegung des Reisepasses oder eines gleichwertigen Dokumentes für die Dauer der Bewilligung und bis zur Abmeldung verlangen.

⁵ Das kantonale Sozialamt nimmt die An- und Abmeldungen der von ihm gemäss Artikel 6 dieser Verordnung betreuten Ausländer vor.

¹⁾ B vom 4. Juni 1996, 329; GRP 1996/97, 375

²⁾ SR 142.20

Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe im Kanton Graubünden (Sozialhilfegesetz) ¹⁾

Vom Volke angenommen am 7. Dezember 1986

II. Organisation

Art. 9

Der kantonale Sozialdienst gliedert sich in:

- a) das kantonale Sozialamt;
- b) die regionalen Sozialdienste;
- c) die Schutzaufsicht.

Kantonaler
Sozialdienst

Art. 10

¹ Das kantonale Sozialamt erfüllt die Aufgabe einer zentralen Amtsleitung. Es bearbeitet die Sachfragen im Bereiche der Sozialhilfe und koordiniert die persönliche und die materielle Hilfe.

Kantonales
Sozialamt

² Insbesondere erfüllt es die Aufgaben im Bereich:

- a) der kantonalen Stelle für Unterstützungen;
- b) der Koordinationsstelle für Altershilfemassnahmen;
- c) der Pflegekinder;
- d) der Kinderheimkontrolle;
- e) der Beratung und fachlichen Begleitung der Sozialarbeiter;
- f) der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals der Sozialdienste;
- g) der Organisation der Schutzaufsicht und des gesetzlichen Massnahmenvollzuges;
- h) der Organisation ausserordentlicher Betreuungsaufgaben.

Art. 12

Die Schutzaufsicht übernimmt die Aufgaben, die ihr vom Schweizerischen Strafgesetzbuch ²⁾ übertragen sind oder kantonally zugeordnet werden.

Schutzaufsicht

Die in den öffentlichen Sozialdiensten tätigen Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Geheimhaltungspflicht

¹⁾ B vom 21. Oktober 1985, 555; GRP 1986/87, 235

²⁾ SR 311.0